

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Sitten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mt. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Beitzelle 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Selbsterkenntnis auf beiden Seiten.

Führen die christlichen Gewerkschaften auch keinen Klassenkampf, so führen sie doch Lohnkämpfe. Um dies zu motivieren, werden wir die Grenzen rein diesseitiger Ermäßigungen, die bisher mit Absicht eingehalten wurden, überschreiten müssen.

Die Sünde ist eine Großmacht in dieser Welt und durchzieht auch alle Gemeinschaftsformen.

Sünde waltet in der Arbeiterkastei, und daraus fließen übertriebene Forderungen, ungenügende Pfllichterfüllung, Haß usw. Es kann unmöglich von den Arbeitgebern verlangt werden, daß sie jede gewerkschaftliche Forderung und käme sie auch von christlich-nationaler Seite unbefehlet bewilligen.

Sünde waltet in der Arbeitgeberkastei, und daraus fließen Geiz, Härte, Unbarmherzigkeit usw. Es kann unmöglich von den Arbeitern verlangt werden, daß sie stets mit dem, was ihnen die Arbeitgeber gewähren, zufrieden sind.

Weil Sünde in der Welt ist, darum werden wir auch Streit und Aussperrung nicht völlig aus der Welt schaffen. Aber allerdings können wir beide gewaltig einschränken. Und es ist und bleibt unsere dringende Bitte an die Arbeitgeberorganisationen, sich zu friedlichen Verhandlungen mit den Arbeiterverbänden grundsätzlich bereit zu finden. Ist er nicht doch zuletzt auf die Gewissenhaftigkeit der Arbeiter in der pfleglichen Behandlung der Maschinen angewiesen? Die slavische Dürft erzieht, wie die englische und die amerikanische Geschichte zeigt, keine tüchtigen Fabrikarbeiter. Eine gesunde Verständigung, bei der jeder Teil zu seinem Rechte kommt, liegt im beiderseitigen Interesse.

(Sie. Mumm im „Reich“.)

Deutsche Arbeitgeberverbände.

II.

In dem vorigen Artikel unter dieser Ueberschrift haben wir die Entstehung und geschichtliche Entwicklung, sowie Zweck und innere Einrichtungen der Deutschen Arbeitgeberverbände behandelt. Im nachfolgenden soll über die Tätigkeit der genannten Organisationen und die dabei angewandten Mittel die Rede sein. Ihre Betätigung finden diese Verbände in der Wahrnehmung allgemeiner sozialer und wirtschaftspolitischer Interessen ihrer Standesgenossen; in der Einwirkung und Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der von ihren Mitgliedern beschäftigten Arbeiter, sowie im Kampf gegen deren Verbesserungsbestrebungen. So hieß es kurz in dem vorigen Artikel von der Zwecksetzung der Unternehmerverbände im allgemeinen. Zur Erreichung ihrer Zwecke bedienen sie sich der verschiedenartigsten Mittel, wie es auch aus den schon mitgeteilten Satzungen der beiden „Zentralorganisationen“ — „Hauptstelle“ und „Verein“ Deutscher Arbeitgeberverbände — hervorgeht. Als bedeutendste Mittel der Arbeitgeberverbände seien genannt:

1. Errichtung von Arbeitsnachweisen, um den Arbeitsmarkt einseitig beherrschen und regulieren zu können. — Eng damit im Zusammenhang stehen:
2. Schwarze Listen und Sperrsysteme. Damit werden hauptsächlich die zuziehenden Personen der Arbeiterorganisationen getroffen.
3. Massereaktionen und Reberse. Mit-

ten sich ebenfalls ausschließlich gegen die organisierten Arbeiter.

4. Massenaussperrungen, um die im Kampf stehenden Arbeiter durch Ueberlastung der Gewerkschaftskassen zum Nachgeben zu zwingen.

5. Entschädigungen bei Streiks und Aussperrungen der von einem Kampf betroffenen Unternehmer.

6. Die Materialsperrung; wird gegen solche Unternehmer angewandt, die sich außerhalb der Beschlüsse des betreffenden Arbeitgeberverbandes stellen.

7. „Wohlfahrts-Einrichtungen“, als da sind: Spar- und Pensionskassen, Geschenke an Unorganisierte, Fabrik-Gesang- oder Werkvereine, die in letzter Linie zu gelben Gewerkschaften auswachsen.

8. Das Einigungs-wesen; durch verhandeln mit den Arbeitern eine Verständigung suchen, was in verschiedenen Gewerkschaften schon beidseitig voll vorgeschritten, in der Großindustrie jedoch noch in den ersten Anfängen begriffen ist.

9. Einwirkung auf die Gesetzgebung; bekanntlich nicht im arbeiterfreundlichen, sondern im scharfmacherischen Sinne.

Betrachten wir uns die hier kurz skizzierten Hauptmittel der Arbeitgeberverbände etwas genauer, insbesondere die Art ihrer Anwendung. Zunächst die Arbeitsnachweise. Dieselben bilden in den Händen der Unternehmer eine scharfe Waffe, weil mit ihrer Hilfe der Unternehmer zum alleinigen Herrscher des Arbeitsmarktes wird und mißliebige Arbeiter dauernd boykottiert und existenzlos gemacht werden können. Das weitere für die Arbeiter so gefährliche Mittel der schwarzen Listen und des Sperrsystems kann erst in organischer Verbindung mit den Arbeitsnachweisen zur vollen Wirkung gelangen. Die extremsten Scharfmacher haben denn auch stets der Arbeitsnachweise die allergrößte Bedeutung beigemessen. Berühmt — besser gesagt: berüchtigt — sind nach der Richtung hin die Arbeitsnachweise der Berliner Kühnemänner (Metallwarenfabrikanten) und des Vereins der Hamburger Eisenindustriellen geworden. Um die Vorherrschaft dieser beiden Nachweistellen haben sich wiederholt die langwierigsten und hartnäckigsten wirtschaftlichen Kämpfe abgepielt, die Millionen von Mark verschlungen haben.

Am weitesten ausgebaut sind die Arbeitsnachweise in den Arbeitgeberverbänden der Metallindustrie. Dr. Gerh. Reßler sagt in dem schon erwähnten Buch: „Die deutschen Arbeitgeberverbände“ davon folgendes:

„Die Arbeitsnachweise des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller sind die ältesten und bedeutendsten der ganzen Gruppe; auch der schon erwähnte Nachweis der Hamburger Eisenindustriellen (gegr. 1889) gehört hierher. Der Nachweis des Verbandes Berliner Metallindustrieller besteht seit dem Jahre 1890; neben ihm hatten im Jahre 1895 noch 8 andere Verbände, Berliner Metallwarenfabrikanten, Metallindustrielle von Magdeburg, Halle, Leipzig, Chemnitz, Dresden, Hamburg, Lübeck, gleichartige Einrichtungen geschaffen. Bis zur Aufstellung des „Verzeichnisses“ von 1903 traten zwei neue Nachweise (der Verbände in Traunschweig und Hannover) hinzu. Seitdem ist die Zahl weiter gewachsen: im Jahre 1906 wurden bis zum August zwei neue Nachweise eröffnet, drei andere waren in Vorbereitung. Der Nachweis in Kiel ist bereits einige Jahre alt, der Münchener besteht seit 1905. Insgesamt dürfte die Zahl 20 wohl schon erreicht sein. Die kleineren Verbände der Berliner Metallbranchen sind, wie oben erwähnt, an der Nachweistelle der Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten beteiligt. Der Verein der Kupferwarenfabrikanten Deutschlands hatte im Jahre 1898 bereits in 31 Städten Nachweistellen eingerichtet, die an Bedeutung mit denen des Gesamtverbandes freilich nicht wettkämpfen können.“

Ueber die praktische Anwendung der Arbeitsnachweise durch die Unternehmer ist nichts Gutes zu sagen. Die Hamburger Fabrikanten haben ein besonderes System. Da wird über jeden beschäftigten Arbeiter eine besondere Personalkarte angelegt und für spätere Einstellungen aufgehoben. Auf diesen Karten sind die genauen Personalkarten sowie das Lebensverlaufsprotokoll enthalten. Nach Reßler waren 1906

in den Hamburger Nachweisen über 200 000 solche Personalkarten angelegt, also der größte Teil der Arbeiter unter einer systematischen Kontrolle.

Ohne den Freischein des betr. Nachweisbüros darf kein angeschlossener Unternehmer einen Arbeiter einstellen, das ist überall der erste Grundsatz. Dieser Freischein kann jedoch auch versagt werden und dann ist der Arbeiter im Bereich dieses Verbandes existenzlos gemacht. Der Nachweis der Berliner Metallwarenfabrikanten schließt gemäß seinen Satzungen aus: 1. Auskündigte, 2. Kontraktbrüchige, 3. Arbeiter, welche die Vertrauenskommission (Zehngericht der Unternehmer) „aus sonstigen wichtigen Gründen für ungeeignet zur Beschäftigung in den Vereinswerkstätten erklärt.“ Ueber die praktische Ausführung dieses Systemes bei genanntem Verbands hat der Leiter desselben, Hauptmann Kessel, in einer Arbeitsnachweis-Konferenz im Jahre 1898 in Leipzig folgende Mitteilungen gemacht:

„Streikende sind jedenfalls sofort und bis auf weiteres zu sperren und — mit Ausnahme der Auswärtigen — erst dann wieder freizugeben, wenn der Streik beendet ist. Die Streikenden müssen erkennen, daß jeder Streik... als eine Nötigung und als Ausübung einer Zwangslage angesehen, beurteilt und gehandelt wird. Ebenso sind diejenigen Arbeiter mit längeren Sperrern zu belegen, welche sich zum sogenannten Streikposten stellen oder gar zu wütlichen oder tätlichen Angriffen gegen ihre arbeitswilligen Kollegen hergeben. Agitatoren sind, sofern sie durch ihre Tätigkeit innerhalb oder außerhalb der Werkstätten als solche erkannt werden, grundsätzlich und dauernd zu sperren. Eine Befreiung solcher gewerkschaftlichen Leiter erscheint wohl ausgeschlossen; deshalb müssen sie aus dem Arbeiterstande rücksichtslos herausgedrückt werden.“

Der Redner erwartet von diesen Zwangsmaßnahmen „erzieherische Wirkungen auf die Arbeiterkastei“, denn die Verweigerung der Einstellung ist „eine Waffe, welcher kein Arbeiter auf die Dauer widerstehen kann.“

„Es ist nur die Frage“, bemerkt Dr. Reßler in seinem Buch dazu, „wer die Arbeitgeber zu solcher Zwangserziehung gegenüber erwachsenen Männern befugt hat?“ Die Beantwortung dieser Frage macht den Unternehmern als Berliner Kühnemänner das wenigste Kopfschmerzen. Sie haben die Macht in Händen und gebrauchen sie ohne Rücksicht auf das Wohl einzelner oder der Gesamtheit.

Nach einer Mitteilung des Herrn. von Reisswitz sind vom Arbeitsnachweis der Hamburger Eisenindustriellen „Agitatoren heute nicht mehr ausgeschlossen, solange sich Unternehmer finden, die sie einstellen,“ was auch nichts besagen will, weil die betr. Arbeiter durch die Kontrolle gekennzeichnet und vogelfrei gemacht sind.

Der Arbeitsnachweis ist zweifellos eine fürchtbar wichtige Waffe in den Händen der Arbeitgeberverbände. Die Arbeiter müssen demgegenüber mit allen Mitteln sich ihren Einfluß auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung zu erzwingen und zu sichern suchen. Wo dieses nicht im allgemeinen (paritätischen) Arbeitsvermittlungsstellen zu ermöglichen ist, müssen eigene Arbeitsnachweise von unseren Gewerkschaften ins Leben gerufen werden.

Schwarze Listen und das besonders in der Großindustrie beliebte Sperrsystem stehen mit dem Arbeitsnachweis, wie schon gesagt, teilweise in organischer Verbindung. Schwarze Listen sind Verzeichnisse von Arbeitern, die vertraulich an die Unternehmer und deren Arbeitsnachweise verhandelt werden. Die darin verzeichneten Arbeiter werden nicht eingestellt, bis die schwarzen Listen als verfallen erklärt sind. Davon werden in der Regel freikommende Arbeiter betroffen.

Ueber das Sperrsystem ist im „Deutschen Metallarbeiter“ schon wiederholt Näheres gesagt worden. Damit wollen die Arbeitgeber vorgeblich dem häufigen Arbeiterwechsel vorbeugen. Arbeiter, die aus irgend einem Grund freiwillig aufhören oder die Entlassung erhalten, werden im Bereich derjenigen Arbeitgeberverbände, welche das Sperrsystem haben, in

emer vererwarteten Frist — gewöhnlich drei Monate — nicht wieder eingestellt. Sie sind damit zur Auswanderung gezwungen. Das ist ein sehr verwerfliches Zwangsmittel, eine ungesetzliche Beschränkung der Freizügigkeit, der hoffentlich recht bald die gesetzgebenden Faktoren einen Riegel verschieben werden. Diesbezügliche Anträge sind dem Reichstage in letzter Zeit bekanntlich unterbreitet worden.

Diese Maßnahmen wirken um so brutaler und erbitternder auf die Arbeiter, weil alles „vertraulich“ — wie der Fachausdruck lautet — vor sich geht. An die Öffentlichkeit gelangt nur sehr selten etwas davon. Wo diese Praktiken der Unternehmer offen zutage liegen, können die geschädigten Arbeiter den Schutz der Gerichte in Anspruch nehmen. Tatsächlich liegen schon mehrere Urteile vor, daß Unternehmer zum Schadenersatz verurteilt wurden, nachdem der Arbeiter nachweisen konnte, daß er infolge der schwarzen Liste in seinem Erwerb geschädigt war.

Das wird leider nur sehr selten möglich sein, weil die gesetzlichen Handhaben von dem Vorhandensein der schwarzen Listen in der Regel nicht beigebracht werden können. Hier dürfen die Arbeiter mit vollem Recht einen weiteren Schutz seitens der Gesetzgebung beanspruchen.

Das Maßregeln mißliebiger (organisierter) Arbeiter ist die alte und stets wieder neue Waffe des Unternehmertums im Kleinkriege gegen die Organisationen der Arbeiter. Hier dürften wohl auch die Metallindustriellen an erster Spitze stehen. Unser christlicher Metallarbeiterverband z. B. ist seit seinem Bestehen wohl noch niemals ohne gemahregelte Mitglieder gewesen. Erfolg hat dieses Mittel der Unternehmerverbände allerdings nicht gehabt; oft das Gegenteil erzielt. Humane und gerecht denkende Arbeitgeber werden dieses verwerfliche Mittel überhaupt nicht anwenden; aber auch die weiterblickenden Arbeitgeberführer haben diese stumpfe Waffe schon in die Rumpfkammer geworfen, zwar nicht aus moralischen Beweggründen, sondern wegen seiner bewiesenen Erfolglosigkeit.

In letzter Zeit hat man es aber auch bei gelegentlichen Kämpfen mit Massenmaßregeln wegen Zugehörigkeit zur Organisation, mit sogenannten „Rever“ versucht. In Erinnerung ist noch der „Rever“, den die bayerischen Metallindustriellen 1905 ihren Arbeitern vorlegten mit der Ankündigung, wer diese Erklärung nicht unterzeichnet, wird ausgesperrt. Die Erklärung hatte folgenden Wortlaut:

„Ich Unterzeichneter erkläre hiermit, daß ich nicht Mitglied irgend einer Arbeiterorganisation bin und das Vorgehen der sogenannten Arbeiterführer auf das schärfste verurteile, weil sie beide nur Unzufriedenheit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hervorzurufen. Ich erkläre, daß ich weder freitende noch ausgesperrte Arbeiter mit Beiträgen unterstützen werde und genehmige ausdrücklich die Veröffentlichung dieser meiner Erklärung und Unterschrift.“

Ähnliche Reberje sind auch anderwärts den Arbeitern vorgelegt worden. Die öffentliche Meinung

war sich einig in der schärfsten Verurteilung dieses unfittlichen Gewissenszwanges und infolge dieser Stimmung werden die Unternehmerverbände von diesem Mittel in Zukunft wohl keinen oder nur noch selten Gebrauch machen.

Das von den Unternehmerverbänden am häufigsten angewandte Mittel zur Niederringung der Arbeiterverbände ist die Massenausperrung. Diese Art des Kampfes ist planmäßig organisiert und hat bekanntlich in den letzten Jahren in hoher Blüte gestanden. Nicht mit Unrecht hat man von einer „Ausperrungswut“ in manchen Unternehmerverbänden gesprochen. Welchen Umfang diese Art des Kampfes angenommen hat, ergeben folgende Zahlen:

Jahr	Zahl der stillgelegten Betriebe:	Zahl der ausgesperrten Arbeiter:
1899	356	5298
1900	192	9086
1901	69	5414
1902	63	10304
1903	435	35272
1904	433	23760
1905	834	118665
1906	410	95565
Summen:	2733	298364

Von Ausperrungen wurden demnach in den acht Jahren insgesamt 2733 Betriebe und 298364 Arbeiter betroffen. Besonders zu beachten ist hierbei die rapide Steigerung der Ziffern.

Mit diesem Kampfmittel sollen die Arbeiterorganisationen an der empfindlichsten Stelle, nämlich in den Finanzen, getroffen werden. Einzelstreik, an denen vielleicht nur einige Hundert, oft noch weniger Arbeiter beteiligt sind, geben den Arbeitgeberverbänden Veranlassung, sämtliche Arbeiter des betreffenden Verbandsbezirks auszusperrn, die Kassen der Gewerkschaften auf diese Weise schnell zu erschöpfen und somit ein Nachgeben der Arbeiter zu erzwingen. Daß damit auch Tausende von ganz unbeteiligten Arbeitern getroffen werden, hat den führenden Kreisen im Unternehmerlager wenig Bedenken verursacht. Für die Gewerkschaften hat dieser Umstand allerdings insofern günstig gewirkt, daß Tausende bisher indifferenter Arbeiter auferüttelt und in die Gewerkschaften hineingetrieben wurden. Der gewaltige Aufschwung der Gewerkschaften in den letzten Jahren ist ohne Zweifel zum Teil auf diese Taktik der Unternehmer zurückzuführen.

Bei den Ausperrungen hat man bisher verschiedene Systeme angewandt. Einige Philosophen im Unternehmerlager — u. a. auch Herr Ment-Mitena — haben sich die Köpfe zerbrochen, um das beste und wirkungsvollste System der Ausperrung herauszufinden. Dabei sind denn die sonderbarsten Vorschläge herausgetommen. So gibt es

1. Ausperrungen nach dem ABC, d. h. je nach dem Anfangsbuchstaben der Arbeiter. Zuerst sollen die Arbeiter an die Reihe kommen, deren Familiennamen mit A beginnt, dann die mit B. und so fort, bis die Arbeiter gedemütigt sind.

2. Ausperrungen nach Altersklassen. Hierbei sollen die Arbeiter jahrgangweise, z. B. zuerst der Jahrgang 1880, dann 79, 78, 77 und so fort an die Reihe kommen.

3. Prozentualausperrung. Zuerst wird ein bestimmter Prozentsatz der Arbeiter, z. B. 10%, dann 20, 30 % u. s. f. entlassen, bis der Zweck erreicht wird. Diese Art der Ausperrung ist schon häufiger angebroht und auch schon durchgeführt worden.

4. Ausperrung der organisierten, mit Schonung der unorganisierten Arbeiter. Dieses ist wohl dasjenige System, das bei den Unternehmern den meisten Anklang findet, wenn es nur nicht so schwer praktisch durchführbar wäre. Zunächst kann es ja nur dort in Betracht kommen, wo noch eine beträchtliche Zahl unorganisierten vorhanden sind, die eine lohnende Aufrechterhaltung des Betriebes verbürgen. Dann ist es jedoch unmöglich, die Böse von den Guten zu sondern und aus all diesen Schwierigkeiten stehen namhafte Führer der Arbeitgeberverbände auf dem Standpunkt, bei Ausperrungen ganze Arbeit zu machen und alles hinauszuschieben. Bei verschiedenen Ausperrungen haben manche Unternehmer da einen Ausweg gesucht und den braven Unorganisierten eine Unterstützung aus Unternehmermitteln gewährt.

Die Praxis der wirtschaftlichen Kämpfe hat dahin geführt, daß sich die Unternehmer überhaupt nicht auf ein bestimmtes System der Ausperrungen festlegen, sie machen es hier wie auch andere Interessengruppen, und ändern ihre Taktik in 24 Stunden vierundzwanzigmal, wenn es die Verhältnisse erfordern.

Die Ausperrung kann allerdings auch für manche — insbesondere kleinere Unternehmer eine verhängnisvolle Sache sein und deshalb haben die Arbeitgeberverbände hier oft mit den größten Widerständen zu rechnen. Um diese Gegenströmungen zu unterdrücken, hat man in verschiedenen Verbänden den Abstimmungsmodus „reformiert“. Der mächtige Verband Deutscher Metallindustrieller konnte früher eine Generalausperrung nur mit Zustimmung aller angeschlossenen Bezirksverbände beschließen. Deshalb verlagte auch wohl die im Jahre 1905 angekündigte Generalausperrung von über 300 000 Metallarbeitern. Seit März 1907 ist das anders. Die Satzungen wurden dahin geändert, daß jetzt eine Generalausperrung durch Mehrheitsbeschluß des Ausschusses angeordnet werden kann. Damit ist die Gefahr der Massenausperrungen viel näher gerückt, in das Belieben einiger weniger Personen gestellt. Eine Mehrheit von 160 000 beschäftigter Arbeiter kann eine Minderheit mit 150 000 überstimmen und die Ausperrung von über 300 000 ist damit besiegelt. Das sind für die Arbeiter der Metallindustrie äußerst bedenkliche Ausichten und muß ihnen die Notwendigkeit und den Wert ihrer Organisationen desto lebhafter vor Augen rücken.

(Schluß folgt in der nächsten Nummer).

Das Sprödbwerden verzinkten Eisenblechs.

Nachdruck verboten.

Wenn verzinktes Eisenblech durch Walzen oder Stangen bearbeitet werden soll, zeigt es sich bisweilen so außerordentlich spröde, daß jeder Versuch, dem Material in der genannten Weise metalltechnisch beizukommen, ergebnislos verläuft. Es ist daher von hohem Interesse, sich mit der Frage zu beschäftigen, worin das bisweilen zu beobachtende Sprödbwerden dieses Erzeugnisses seinen Grund hat, und wie diesem Uebelstande wirksam vorgebeugt werden kann.

Die Ursachen, die naturgemäß nur in Vorgängen bei der Verzinkung liegen können, lassen sich oft schon in dem das Verzinken einleitenden Abbeizen der Blechoberfläche nachweisen. Häufig auch ist es die Einwirkung der Zinkmasse, der das Sprödbwerden schuldzugeben ist. Und schließlich, und zwar nicht am seltensten, ist es die zugehörige Nachbehandlung des frischverzinkten Eisenbleches, die das Sprödbwerden herbeiführt.

Um das Eisenblech zur Aufnahme der Verzinkung zu befähigen, wird seine Oberfläche blank gebeizt. Es geschieht dies in der Hauptsache durch Anwendung chemischer Säuren. In der Regel wird dazu Schwefelsäure oder Salzsäure in verdünntem Zustande verwendet. Hierbei wird der erste, das Sprödbwerden hervorrufende Fehler meistens gemacht, als viele die Säuren nicht genügend verdünnen. Man will durch Anwendung einer stärker konzentrierten Lösung die Arbeit des Blankbeizens möglichst schnell erledigen. Nur bedenkt man dabei nicht, daß diese allzu starke chemische Einwirkung der Flüssigkeit den ganzen Blechkörper schädigt. Denn dieser wird in seinem Materialzustande demzufolge so sehr verändert, daß er diese Zähbarkeit seiner Moleküle zum großen Teile einbüßt, also spröde wird. Und zwar wird die Beschädigung um so härter, je länger die Dauer ihrer Einwirkung ist. Man sollte sich daher hüten, niemals zu sehr

mit der Zeit zeigen, vielmehr ruhig den langsameren Gang der Abbeize in einer angemessen verdünnten Lösung abwarten. Als beste Mischung empfiehlt sich bei Anwendung von Schwefelsäure ein Verhältnis von 1 Schwefelsäure auf 18—20 Wasser. Beim Gebrauch von Salzsäure genügen 7 Raumteile Wasser auf 1 Raumteil Salzsäure.

Auch die aufzubringende Zinkmasse selbst kann für das Eisenblech Ursache des Sprödbwerdens sein. Nicht etwa wegen der möglicherweise stattgehabten Verwendung eines nicht ganz einwandfreien Zinkes kommt es da zum Sprödbwerden. Denn Mängel der Zinkqualität würden nur den Zinküberzug und dessen Gleichmäßigkeit betreffen. Das Sprödbwerden anlässlich der Zinkmasse wird vielmehr insofern herbeigeführt, als das Blech oft allzu lange in der flüssigen Zinkmasse verbleibt. Man tut eben auch hier gar zu häufig jenes Irrige aus, was nur schadet. Denn infolge der dauernden Einwirkung des flüssigen Zinkes auf das eingetaucht bleibende Eisenblech geht nun das Eisenblech selbst in eine Eisenzink-Legierung über. Und diese wird immer stärker, je länger das Eisenblech im Zinkbade verweilen darf. Dieser Metall-Legierung man stellt nun aber jegliche Materialdehnbarkeit: Das Eisenblech ist demzufolge sehr spröde geworden, natürlich allemal umso mehr, je härter die Eisenzinlegierung zur Bildung gekommen ist. Man gehe daher grundsätzlich beim Verzinken des Eisenblechs nicht davon ab, daß das Eisenblech stets nur einige Sekunden in die flüssige Zinkmasse eingetaucht wird. Man sage da nicht, das dies nicht ausreiche, um einen zulänglichen Zinküberzug zu erhalten. Wenn wirklich einmal dabei kein genügender Zinkbelag zustande kommt, so ist dies jedesmal nur ein deutlicher Beweis dafür, daß das betreffende Stück Eisenblech mangelhaft für das Verzinken vorbehandelt ist. Ist aber das Blech vorher sachgemäß abgebeizt, kann wo nötig, nach der Beize noch mit starkem Quarzstaub vollkommen blank gemacht, so gewöhnlich ein weiterer Schaden keinesfalls eintreten kann.

Fürwahrlich ist es allerdings, wenn man dann das Eisenblech noch unmittelbar vor dem Verzinken in eine Lösung aus 30 Teilen Wasser, 30 Salzsäure, 2 Chlorzink und 1 Salmiak eintaucht, und im unmittelbaren Anschlusse daran dann aber so rasch abtrocknet, daß sich auf der Oberfläche eine feine helle Salzabscheidung zeigt.

Bekanntlich werden die verzinkten Eisenbleche jedesmal, sowie sie aus dem Zinkbade gehoben sind, unverzüglich in einen Wasserbehälter befördert, wo sie erkalten sollen. Hierbei wird indessen fast regelmäßig ein Umstand übersehen, der wohl am häufigsten für das Sprödbwerden des verzinkten Eisenbleches die Verantwortung zu tragen hat. Es ist dies der unvermittelte und ungewöhnlich hohe Temperatursturz von der Schmelzhitze des Zinkes herab. Er wirkt auf das Eisenblech so außerordentlich nachteilig, daß es hierbei in weit höherem Grade und viel schneller spröde wird, als unter dem Einflusse der beiden erstgenannten Ursachen.

Man besürchte nicht, daß jetzt auch hier wieder das nachherade bis zum Ueberdruß empfohlene Eintauchen der heißen Bleche in geschmolzenes Fett erneut gepredigt werden soll. Dem größten Teile der Fachwelt ist dies Verfahren für gewöhnlich zu teuer, obwohl gewiß keiner daran zweifelt, daß diese Fetteinwirkung die Geschmeidigkeit des Metalls steigert und seine technische Bearbeitungs-fähigkeit entschieden zu heben vermag. Wenn aber nun einmal die Anwendung geschmolzenen Talgs zu kostspielig wird, auch dem kann geholfen werden. Denn man kann zu den vorliegenden Abkühlungszwecken auch beim wohlfeilen Wasser verbleiben. Nur muß man hier etwas rationeller zu Werke gehen. Statt die aus dem Zinkbad kommenden Eisenbleche sofort in kaltes Wasser zu werfen, entlicke man sich, sie zunächst in verpöhtes, und zwar in siedendes Wasser zu werfen, um sie dann so ganz allmählich mit dem sich abkühlenden Wasser der Abkühlung entgegenzuführen. Diese Art der Wasserabkühlung wird dann niemals Ursache des Sprödbwerdens verzinkter Eisenbleche sein. Wte.

Krankentassenvertretertag in Aachen.

Am 19. Januar fand in Aachen ein Delegierten-tag der Krankentassen des Regierungsbezirks Aachen statt. Zu diesem hatten fast sämtliche im Regierungsbezirk Aachen bestehenden gesetzlichen Krankentassen Vertreter entsandt, und auch aus den benachbarten Bezirken bis nach Westfalen hinein waren Abgeordnete dortiger Kassen erschienen. Im ganzen waren 276 Delegierte anwesend. Herr Regierungspräsident Dr. v. Sandt wohnte in Begleitung des Herrn Geh. Regierungs- und Gewerberats Storp sowie des Herrn Regierungsrats Heine, und als Vertreter des Herrn Oberbürgermeisters Herr Beizeordneter Stroelen, und der Präses der kath. Arbeitervereine des Regierungsbezirks Aachen, Herr Kaplan Cassen-Stolberg der Tagung bei. Der Vorsitzende des Bezirksartells der christlichen Gewerkschaften, Herr Klütgen-Aachen, begrüßte zu Eingang der Versammlung alle Teilnehmer, besonders aber die Herren Ehrengäste von der Regierung und der Verwaltung der Stadt Aachen. (Beifall.) Die Tagung hat den Zweck, den Aufbau der sozialen Krankentassen und deren Bedeutung zu behandeln.

Herr Regierungspräsident Dr. v. Sandt dankte herzlich für die Einladung zur Tagung, die ihm Gelegenheit gebe, die Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft kennen zu lernen und zu beraten in freier Aussprache und dabei die Kenntnis zu vertiefen. Das Schönste auf Erden ist die Hoffnung. Um diese zu erfüllen, geht es vielfach nicht ohne Kampf. In unserem entwicklungsfähigen Staatsleben mit seinen verschiedenen Gegenständen ist es meines Erachtens Pflicht jedes Staatsbeamten, die Wünsche Hoffnungen und Beschwerden der einzelnen Stände ohne Ausnahme kennen zu lernen, um zu deren Abhilfe mitarbeiten zu können zum Wohle der einzelnen und des gesamten Vaterlandes. In diesem Sinne werde ich Ihrer Tagung mit lebhaftem Interesse folgen. (Lebhafte Beifall.) Herr Stadtoberordneter, Krankentassenkontrollor Müller-Aachen hielt darauf einen ausführlichen Vortrag über den **Aufbau der Arbeitervertretung in der sozialen Gesetzgebung.**

Ausgehend von den Bestrebungen, welche im Dienste der Humanität einsetzen, welche den Arbeitern für Alter und Krankheit Hilfe bringen wollen, schilderte der Herr Redner die Entstehung der Gesetze über die Krankentassen, über Unfall- sowie Alters- und Invaliditätsversicherung, deren wohlthätige Wirkung er anerkannte. Der Monumentalbau der deutschen Versicherungs-Gesetzgebung hat zwar heillosen Gutes gewirkt, wofür der Referent mit fröhlichem Jubelmaterial dient, doch müßten alle Interessen stets bemüht sein, an der Verbesserung und dem Ausbau der Arbeiterschutzgesetze mitzuwirken; so auch mitzuwirken an deren innerem und äußerem Ausbau. An der inneren Ausgestaltung durch eifrige Teilnahme an den Angelegenheiten der Kassen, an der äußeren Verbesserung durch Mitwirkung zur Verbesserung von Verbesserungen, namentlich auf dem Verwaltungswege.

Auf dem weiten Feld zur Betätigung hatten da besondere Wünsche der Arbeiterschaft ihrer Vertretung entgegen, so betrefft der Zusammensetzung des Vorstandes der Krankentassen sowie hinsichtlich der Wahlen zu den Ausschüssen und Beisitzern. Sehr ausführlich behandelte auch der Herr Vortragende die Aufgaben und Pflichten der in der sozialen Gesetzgebung mit tätigen Arbeiter sowie die Fähigkeiten, über die diese Arbeiter verfügen bzw. die sie sich aneignen müssen. Dieses gilt nicht nur für die Krankentassen-Vorstandsmitglieder, sondern auch hervorragend für die Beisitzer zu den Ausschüssen und für Schiedsgerichte. Der letzteren gibt es im Bezirk 33. Und gerade in diesen ist von besonderer Wichtigkeit die Tüchtigkeit, Ruhe und sachliche Urteilsfähigkeit der Arbeitervertreter, damit in Zukunft die wohl allzu scharfe und harte Rechtsprechung bei der Rentenerteilung bzw. deren Entziehung gemildert und vermieden wird. Von Fällen derartigen Art führte der Redner einige Beispiele an. Um aber wirklich bedeutende Erfolge in dieser Hinsicht zu erzielen, sei es unumgänglich nötig, daß die Arbeitervertreter für die sozialen Gesetze in einer eigenen Organisation sich zusammenschließen, wie es in Aachen schon geschehen ist und in Düren demnächst der Fall sein dürfte. Der Zusammenschluß dieser einzelnen Vereinigungen in einer Zentrale würde dann weiter von Bedeutung sein für die Wahlen der Arbeitervertreter zum Reichsversicherungsamt, das als höchste Instanz bei der Frage der Rentenbezüge in Frage kommt. Pflicht der über die Rechte und Ausichten der Arbeiterschaft aufgeklärten Vertreter derselben ist es, dafür zu sorgen, daß diese Aufklärung auf die weitesten Kreise übertragen wird, und daß die Einigkeit der christlich-nationalen Arbeitervertreter dafür Sorge trägt, daß die Sache der Arbeiter die ihr gebührende Stellung einnimmt. Zum Schluß brachte der Redner folgende Resolution ein:

„Der am 19. Januar 1908 zu Aachen tagende Vertretertag der Krankentassen für den Regierungsbezirk Aachen erkennt die große Bedeutung und Wichtigkeit der Arbeitervertretung in der deutschen Arbeiterversicherungsgesetzgebung an. Die Versammlung betrachtet es als eine unbedingte Notwendigkeit, daß die gesamte christliche Arbeiterschaft mehr als bisher sich an diesen Wahlen beteiligt. Zur Durchführung dieser Wahlen empfiehlt die Versammlung dringend, überall Arbeitervertretervereine ins Leben zu rufen und bittet die Vorstände der christl. Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine, überall die Gründung solcher Vereinigungen energisch in die Hand zu nehmen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß zur richtigen Durchführung der sozialen Wahlen eine Zentralisation dieser Arbeitervertretervereine anzustreben sei. Ferner wünscht die Versammlung, daß auch seitens der Behörden die Vorbereitungen zu den Wahlen früher als bisher getroffen werden, damit auch den Arbeitern genügend Zeit zur Aufstellung geeigneter Kandidaten verbleibt.“

In der auf 10 Minuten Redezeit bemessenen Diskussion betonte Herr Leclerque-Cupen, daß in der dortigen Kasse die Arbeiter infolge ihres geschlossenen Vorgehens auch die Arbeitervertreter ohne Mißbrauch ihrer Zahl

zur Verwirklichung einstimmiger Beschlüsse überzeugen. Schließlich der Schiedsgericht hob der Redner hervor, daß die Entscheidung dieser Gerichte von dem Gutachten der sogenannten Vertrauensärzte abhängig sei, denen gegenüber oft Krankentassenärzte ihr entgegenstehendes Urteil nicht aufrecht erhielten. Dem Zusammenschluß der Arbeitervertreter rebete dieser Diskussionsredner auf Grund seiner Erfahrungen lebhaft das Wort.

Herr Koch-Düren schilderte Mißverhältnisse in den Betriebskrankentassen, deren es im Kreise Düren 33 gebe gegenüber 8 Ortskrankentassen. Nach der Säkularisierung der Betriebskrankentassen müßten zu den Vorstandsmitgliedern aus den Arbeitern 2 Meister der Firma gehören, eine Bestimmung, die dem Gesetze nicht entspricht. Als die Arbeiter diese Säkularbestimmung durch ihr geschlossenes Vorgehen zur Aufhebung gebracht, war es die Behörde, welche dieser Befreiung der Meister aus den Arbeitervertretern ihre Befreiung verweigerte. Es gibt Betriebskrankentassen, die Krankengeld nicht nur für Sonntag und Feiertage ausbezahlen, sondern auch für Werktage, an denen der Betrieb der Firma ruht. Von einem Arbeitervertreter wurde verlangt die Unterschreibung des Protokolls einer Generalversammlung, die gänzlich stattgefunden hatte. Erfreulicherweise sei die Einigkeit der christlich-nationalen Arbeiterschaft so weit gediehen, daß der Zusammenschluß der Arbeitervertreter gesichert ist.

Herr Harsch-Verzogenath bemängelte es, daß beim Schiedsgericht in Aachen 5 Beisitzer als Arbeitervertreter fungierten, die nicht dem Stande der Arbeiter, sondern dem der Stubenbeamten angehören.

Herr Bremen-Aachen führt einige Fälle an, in denen für die Witwen von Arbeitern, die im Betriebe tödlich verunglückt waren, eine Rente von der Berufsgenossenschaft nicht zu erlangen war.

Herr Schümmer-Würzelen gab einen trassen Fall bekannt, in dem trotz des entgegenstehenden Gutachtens dreier Professoren einem solchen des Fortiter Krankenhauses gesollt wurde.

Weiter beteiligten sich an der Diskussion die Herren Ginters aus Aachen, Hoch-Würzelen, Emonts-Stolberg. Herr Arbeiterpräses Cassen-Stolberg gab einige Anleitungen über die Art, wie die Arbeitervertretervereine arbeiten müßten, daß sie namentlich sozialpolitische Unterrichtsstunden abhalten, den Lebensbürger „Versicherungsbote“ sich zugänglich machen und Ärzte und Arbeitgeber zu den Versammlungen der Arbeitervereine einladen sollten. Auch dürfte es angebracht sein, solche Vertreter hinzuzuziehen, die noch nicht ganz auf dem Boden der sozialdemokratischen Weltanschauung stehen. Der Redner teilte mit, daß das Ministerium der katholischen Arbeitervereine eine Eingabe an die gesetzgebenden Faktoren beschloffen habe, für alle sozialpolitischen Vertreterwahlen das Proportionalwahlrecht einzuführen.

Herr Fehlbender-Aachen rebete der Gründung eines Krankentassenverbandes das Wort zur Umgestaltung der Herbeiführung einzelner Verträge mit den Ärzten und Apothekern. Herr Klütgen wies auf die Möglichkeit der Abhängigkeit von sogenannten Vertrauensärzten hin.

Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten, Herrn Müller, in dem auch die Regelung der Verhältnisse der Stassenbeamten gedacht war, wurde die von ihm vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen.

Herr Regierungspräsident Dr. v. Sandt erklärte sich bereit, sofort Bestimmungen in die Wege zu leiten, daß die Behörde in Zukunft dem Teil der Resolution nachkomme, vor den Wahlen eine ausreichende Frist zu deren Vorbereitung zu geben. (Lebhafte Beifall.)

Herr Chefredakteur Künemund gab als Arbeiterfreund seiner hohen Geltung über den glänzenden Verlauf der heutigen Versammlung Ausdruck und über die großartigen Erfolge, die die christlich-nationale Arbeiterbewegung in den letzten 7 Jahren — bis dahin stand sie noch in kleinen Anfängen — erzielt habe, dank namentlich der Opferwilligkeit der trefflichen Führer, als dessen typisches Bild der heutige Herr Referent darstellte. Dieser habe schöne Gedanken ausgesprochen, die er trefflich hier zum Ausdruck brachte. Bei solcher Opferwilligkeit werde die Bewegung auch weiter Fortschritte machen.

Kunmehr trat eine Mittagspause ein. Der Gegenstand der Nachmittagsverhandlungen war

„Die Reform der Arbeiterversicherungsgesetze“

unter besonderer Berücksichtigung des Krankenversicherungsgesetzes. Als Referent zu dieser Frage war Herr Dick, Sekretär des Volksvereinsbureaus in M. Gladbach, erschienen. Nach einem Rückblick auf die bislang schon vorgenommenen Verbesserungen an einzelnen der großen Arbeiterversicherungsgesetze und auf die Vorschläge, welche eine endgültige Reform der Arbeiterschutzgesetze bezwecken, behandelte der Redner die mehr oder weniger große Aussicht auf Verwirklichung einzelner Vorschläge. Der Vorschlag einer Richtung geht dahin, die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung zu verschmelzen und bei Unfällen 75 Prozent des Arbeitslohnes, bei Invalidität die Hälfte desselben ausbezahlen und zwar mit Gültigkeit für alle Arbeiter und Angestellten mit Einkommen unter 3000 Mk., ein Vorschlag, der leider unausführbar ist. Eine andere Richtung erstrebt die Gewährung einer Unfallrente nur bei mehr als 30 Prozent Arbeitsunfähigkeit. Ein dritter Vorschlag wünscht die Verschmelzung der drei Arten der Arbeiterversicherung.

Eine grundlegende Reform könnte indes die völlige Niederbrechung der historisch begründeten Rechte der Arbeiter zur Folge haben, und es dürfte sich am meisten empfehlen, die Reformen so vorzunehmen, daß die einzelnen Gesetze auf einem gemeinsamen Grundton gestimmt werden, der dann im Laufe der Jahre zu einer Verschmelzung führen kann. Zunächst dürfte die Reform der Krankenversicherung in Frage kommen. Hierbei wäre an erster Stelle die Zentralisation der Krankenversicherung zu erstreben. Zurzeit gibt es im Kreise 23 000 Krankentassen, die in die verschiedensten Zweige sich teilen und alle für sich arbeiten. Die Zentralisation der Kassen dürfte sich freilich nicht über allzu weite örtliche Bezirke erstrecken, da bei der Krankentasse schnelle Erreichbarkeit an erster Stelle gefordert werden muß. Bei der heutigen Zerstückelung der Kassen ist die Erreichung der weitestgehenden Ideale der deutschen Krankenversicherung unmög-

lich, die im Gesetze zugelassen sind, und zu denen Unterstückung bis zu 1/2 des Arbeitslohnes und bis zu einem Jahr gehören, ferner Genesungsunterstützung bis zu einem weiteren Jahr und Erleichterung von Genesungsheimen und Heilstätten. Beim Arbeitswechsel kann bei der heutigen Dezentralisation sehr leicht ein großer Verlust wohlverdienter Rechte eintreten, wie der Redner es an mehreren Beispielen bewies. Außerdem gestaltet sich die gemeinsame Verwaltung bei der Zentralisation der Kassen viel billiger, als bei der jetzigen Zersplitterung der Kasse ist. Ein weiterer Vorteil ist die Ermöglichung der Aufstellung gut vorbereiteter und geschulter Beamten der Kasse auch in ländlichen Bezirken. Bei Einführung der Zentralisation würde auch die herabgesetzte Gemeindefrankenversicherung zum Opfer fallen, deren Unterhaltungen und Verwaltungsart vom Arbeiterstandpunkte aus vollständig unbefriedigend sind. Auch die Zerstreuung der Kassen würden wohl schwinden.

Ein heftiger Kampf dürfte sich entspinnen über die Frage, ob auch die Betriebskrankentassen in der Zentralisation aufgehen müssen. Nur in Ausnahmefällen betrachten die Unternehmer die Fabrikkrankentassen als Institution der Arbeiter, deren Verwaltung sie nur subventionieren. Gewöhnlich betrachtet der Unternehmer die Betriebskrankentasse als seine Kasse, als Zubehör zur Fabrik, bei deren Verwaltung und Ausbau er dem Arbeiter das gesetzlich gewährleistete Mitbestimmungsrecht zu beschneiden sucht. Die Behauptung wurde durch Kasse Beispiele illustriert. Im Interesse der Arbeiterschaft muß deshalb gefordert werden, daß die Betriebskrankentassen ebenfalls in der allgemeinen Zentralisation aufgehen müssen, zumal diese auch insofern ein Gemüts in Fortkommen des Arbeiters bilden, als die Aufnahme in dieselben von einer ärztlichen Feststellung völliger Gesundheit abhängt. So ist auch das größere Gedeihen der Betriebskassen erklärlich, da nicht ganz gesunde Arbeiter bei ihnen keine Aufnahme finden. Auch die Abhängigkeit des Krankenarztes vom Betriebsunternehmer ist nicht immer ausgeschlossen. Bei der Regierung erstreben sich zwar die Betriebskassen als Volkswert gegen die Sozialdemokratie großer Beliebtheit, aber durch die bei der Versicherungsgesetzgebung zum Ausdruck gelangten Ziele ist das Aufgehen der Betriebskassen in die Zentralisation unumgänglich.

Der Zentralisation der Krankentassen sind weiter anzuschließen Dienstboten, ländliche und Heimarbeiter als gesetzlich versicherungspflichtige Mitglieder. Eine weitere Reform muß auf Mehr-Klassenleistungen abzielen, die dem wirklichen Verdienst entsprechen. Erweiterte Krankentassenunterstützung, Krankengeld für alle Wochentage und erhöhter Prozentsatz derselben sind auch berechtigte Forderungen. Eine grundsätzliche Reform ist anzustreben hinsichtlich des Streiterfahrens, dessen bisherige erste Instanz der Ortsbürgermeister ist. Bei einer Umfrage an 26 Arbeitersekretariate hatten nur 2 an der bisherigen Art der Streitverhandlung nichts auszusetzen. Am meisten wurde dabei geklagt über die lange Frist bis zur Abgabe der erstinstanzlichen Entscheidung. Die Bürgermeister selbst dürften überdies ebenfalls mit der andauernden Übertragung dieses Teiles ihrer bisherigen Tätigkeit nicht unzufrieden sein. Bei der Zentralisation der Krankentassen wird es auch nicht schwierig sein, ein Schiedsamt für die Streitigkeiten anzuschließen, gegen dessen Entscheidung an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung angegangen werden kann. In der zentralisierten Krankentasse wäre der Unterbau gegeben, auf dem dann später die Verschmelzung der drei Versicherungszweige aufgebaut werden könnte.

In Unternehmerkreisen und bei den Regierungen wird nun als Gegenleistung für die Zentralisation der Krankentassen deren Verwaltung zu gleichen Teilen durch Arbeitgeber und Arbeiter verlangt unter dem Vorbehalt eines beamteten Leiters. In diesem Falle müßten die Arbeitgeber statt des bisherigen Drittels der Beiträge die Hälfte davon auf sich nehmen, was für sie eine Mehrauslage von 40 Mill. Mark bedeutete. Die Arbeiter freilich dürften auch dafür nicht ihr bisheriges Zweidrittel-Stimmrecht zu verlaufen geneigt sein, zumal die bisherige Art der Verwaltung nicht nur historisch berechtigt ist, sondern sich auch vorzüglich bewährt hat. Ebenso wenig könnten die Arbeiter irgendwelche Lasten aus dem Unfallgesetz auf sich nehmen. Diese sind den Unternehmern zuzumessen, da diese dadurch den Arbeitern gegenüber von ihrer früheren Gastpflicht befreit sind.

Die Einsetzung von Entschädigungskommissionen neben den Berufsgenossenschaften wäre im Interesse des sozialen Friedens sehr wünschenswert, um das Mißtrauen gegen die Berufsgenossenschaften zu beseitigen. Bis zum Eintritt der Reform der Schutzgesetze muß verzichtet werden, die bei der jetzigen Lage der Gesetzgebung möglichen Reformen einzuführen. Und dazu gehört die Einführung der örtlichen Zentralisation oder wenigstens Verwaltungsgemeinschaft der Krankentassen. Unbedingt wünschenswert aber ist überall die Einrichtung von Sprechstunden des Kassenvorstandes, in denen Beschwerden der Kassenmitglieder entgegengenommen werden, bei denen der Vorstand als Vermittler auftreten kann. Der Vorwurf des Simulantenlums ist vielfach unberechtigt, und oft werden Kranke als Simulanten verächtlich, die wirklich krank sind. Hat doch ein Berliner Professor gesagt: Diejenigen Ärzte finden am meisten Simulanten, die ihre Sache am wenigsten verstehen. Besser ist es schümmenfalls, zehn Simulanten Krankengeld zu zahlen, als einem wirklich Kranken als angeblichen Simulanten die Unterstützung zu verweigern. — Der zweistündige Vortrag fand lebhaften Beifall.

In der Diskussion stimmte ein als Gast anwesender Kassenvertreter aus Bocholt in Westfalen dem Zentralisationsgedanken freudig zu und schilderte mitleidige Vorgänge aus westfälischen Betriebskrankentassen. Noch mehrere andere Delegierte brachten eigenartige Maßnahmen bei Betriebskrankentassen zur Sprache und gaben weitere Anregungen zur Berücksichtigung, bei der in Aussicht stehenden Reform des Krankenversicherungsgesetzes. — Folgende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme:

„Der von 276 Delegierten besuchte Aachener Krankentassenvertretertag vom 19. Januar 1908 faßt zur Frage der Reform der Krankenversicherung einstimmtig folgende Resolution:

1. **Handl. nach Ueberprüfung des versicherten** ...

2. Dann ist eine Zentralisation der Krankenversicherung ...

3. Die Verwaltung der Zentral-Krankenkasse muß als ...

4. An der bisherigen historisch gewordenen und ...

5. Das Streikverfahren in Sachen der Krankenversicherung ...

Diese Resolution soll mit einer näheren Begründung ...

In seinem Schlußwort konnte der Vorsitzende der ...

Im Anschluß an diesen Bericht wollen wir noch darauf ...

Die Betriebskrankenkassen von Berg- ...

Der Verband rheinisch-westfälischer ...

Daraus ergibt sich schon auf den ersten Blick, wie ...

Stolberger Knappschicht- und Arbeitsverhältnisse.

Schon in einem vorausgegangenen Artikel wurde ...

Um die von den Unternehmern durchgedrückten ...

Die Stolberger Knappschicht hatte im vorigen ...

Interessant ist eine Gegenüberstellung der ...

Die Wurmknappschicht hatte im selben Jahre einen ...

Bei der Rheinisch-Westfälischen Gesellschaft hatte ...

Noch einige interessante Zahlen hat die Diskussion ...

Tatsächlich liegt das Verhältnis für unsere Blei- ...

Diese Zahlen bilden eine schwere Anklage für ...

„Wer an einem Sonntage nicht zur Arbeit kommt, ...

Einem Arbeiter, der plötzlich verhindert ist, kann ...

Table with 2 columns: Item, Amount. Items include Lohnausfall, Strafe, Prämie.

Die angeführte Prämie erhalten diejenigen, die ...

Da ist zunächst die Frage berechtigt: Wo bleiben ...

Erkenntlicherweise fängt es bei den Arbeitern end- ...

Gewerkschaftliches.

Unternehmerdank und Sklavenlohn.

Als die Arbeiter der Burbacher Hütte im Sommer ...

in Saaravien alle Arbeit in Bewegung, um Streik- ...

Nun sollte man glauben, angesichts der immer ...

Doch an Hilfe war nicht zu denken, weil die ...

„Desgleichen muß der Arbeiter in Treue und ...

Arbeiter, Kollegen des Saargebiets! Selbst ist der ...

Beweiset der Welt, was Einheit vermag, ...

Die fest unsere Herzen umschlinget, ...

Das Großes uns herrlich gellinget.

Gewerkschaftsarbeit und Sozialdemokratie.

Unter welcher Voraussetzung die Sozialdemokratie ...

„Bei unserer Gegenwartssituation handelt es sich ...

Nur Reformen, so lehrt der Artikel weiter, die ...

„unserer Macht vergrößern, die Zuerst, die Kamp- ...

Das Ding ist nicht schlecht; die Vergrößerung ...

„abzulisten“? Dieselben stehen doch bei derartigen ...

Viele der Terrorismandeckel.

Wegen Terrorismus gegen christliche Arbeiter wurden in Bielefeld schon gerichtlich verurteilt:

Der Genosse Ernst Palenz am 27. Nov. v. J. zu 20 Mk. Geldstrafe wegen Verleumdung und weiteren 20 Mk. wegen Mißhandlung.

Der Genosse Theodor Arnold am 27. Dez. 1907 wegen Mißhandlung zu drei Wochen Gefängnis.

Die Genossen Maier und Grünegras am 4. Jan. dieses Jahres wegen vorsätzlicher Körperverletzung Maier zu drei Wochen Gefängnis und Grünegras zu 25 Mk. Geldstrafe.

Der Genosse Ruskamp am 8. Januar ds. J. wegen Verleumdung und Mißhandlung zu sechs Wochen Gefängnis.

Der Obergenosse und freigestellte Gewerkschaftsbeamte Düse am 18. Januar wegen Verleumdung und vorsätzlicher Körperverletzung zu 14 Tagen Gefängnis.

In allen Fällen natürlich auch zur Tragung der Kosten.

Diese Zusammenstellung spricht für sich, sie läßt den Fanatismus der Bielefelder Sozialdemokraten in seiner ganzen Verworfenheit erkennen. Dabei hatten die verantwortlichen Führer, von denen einer jetzt selbst ins Gefängnis muß, noch die Stirn, sich als die verfolgte Unschuld aufzuspielen.

Noch ist die Reihe der gerichtlichen Urteile aber nicht abgeschlossen. Fortsetzung folgt. Und trotz der schon erhaltenen Denkwürdigen können einige bis zum Wahnsinn verheßte Genossen ihren Drang nach „Freiheit und Brüderlichkeit“ nicht bezähmen. Ueber einen neuen krassen Terrorismusfall wird berichtet:

Am 16. Januar wurde unsern Kollegen Zmarzik bei der Firma Seibel und Komp. der Krage mit Öl und Schmutz kreuz und quer beschmiert. Als sich Zmarzik umwandte, um zu sehen, wer der Urheber sein konnte, lachte der Schlosser Tünker, Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes hämisch ins Gesicht. Als Kollege Zmarzik sagte: „Du brauchst nicht so zu lachen, es wird sich rausstellen, werz gewesen ist,“ packte ihn Tünker an der Gurgel gab ihm einen Stoß ins Gesicht und drückte ihn über das Gesicht, daß derselbe Schmerzen an der Brust und den Hüften verspürte. Dabei gebrauchte er den Ausdruck: „Du Blaumann“. Kollege Zmarzik mußte sich in ärztliche Behandlung begeben und ist arbeitsunfähig.

Die Genossen scheinen an den bisherigen Strafen noch nicht genug zu haben; nun, wer nicht hören will, wird auch in Bielefeld mehr Ketten wie rasende Hunde geben. Der Fall ist natürlich sofort gerichtlich anhängig gemacht worden.

Der brutale Vernichtungszug der roten Metallgenossen in Bielefeld gegen die christlichen Metallarbeiter in Bielefeld wird für alle Zeiten ein Blatt der Schmach und Schande, in der Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bilden. An der Standhaftigkeit der christlichen Metallarbeiter ist der verwerfliche Plan der fanatischen Gegner gänzlich zu Schanden geworden, das mag für unsere Kollegen die Genugtuung sein.

Aufgehobene Strafe.

Die prozeßlustige Direktion der Westfälischen Stanz- und Emailierwerke hatte bekanntlich im September vorigen Jahres eine vorläufige Entscheidung des Landgerichts Duisburg erwirkt, worin uns die weitere Veröffentlichung einer Sperrnotiz über besagte Firma bei Vermeidung einer jedesmaligen Strafe von 50 Mk. gerichtlich untersagt wurde. Gegen diese Entscheidung haben wir sofort Berufung mit Antrag auf Nichtigerklärung eingelegt, die noch nicht entschieden ist. Gleichzeitig war auch in der besagten Entscheidung die Aufnahme einer Berichtigung verfügt, ebenfalls bei Strafe von 50 Mark im Weigerungsfalle. Wir haben die Berichtigung auch gebracht, erhielten aber zu unserem Erstaunen trotzdem eine Strafverfügung von 50 Mark. Auf die sofort eingelegte Berufung gegen diese sonderbare Strafe hat nunmehr das Oberlandesgericht in Düsseldorf folgende Entscheidung gefällt:

Beschluß:

In Sachen der Westfälischen Stanz- und Emailierwerke Aktiengesellschaft vormals J. u. S. Hermann in Ahlen, vertreten durch ihre: Vorstand, Antragstellerin, Prozeßbevollmächtigte Rechtsanwältin Justizrat Dr. Giesing, Dr. Lubewitz und Konstantin in Duisburg gegen den verantwortlichen Redakteur der in Duisburg erscheinenden Arbeiterzeitung „Der deutsche Metallarbeiter“, Gewerkschaftssekretär Johann Bergmann in Duisburg, Grabelottisenasse 7, Antragsgegner Prozeßbevollmächtigter Rechtsanwalt Schiebeckamp in Duisburg, hat der erste Zivilsenat des Königlich-Oberlandesgerichts in Düsseldorf auf die sofortige Beschuldigung des Antragsgegners gegen den Beschluß des Königlich-Landesgerichts II Zivilkammer in Duisburg vom 8. November 1907 in der Sitzung vom 19. Dezember 1907 unter Mitwirkung der Oberlandesgerichtsräte Schmitz, Damb, Dr. Giesing, Koppers und des Landgerichtsrats Dr. Loos beschlossen:

Unter Aufhebung des angefochtenen Beschlusses wird der Antrag auf Festsetzung der in der einstweiligen Verfügung vom 25. September 1907 angeordneten Geldstrafe abgelehnt.

Die Kosten des Beschwerdebefahrens werden der Antragstellerin auferlegt.

Gründe:

In der einstweiligen Verfügung vom 25. September 1907 ist dem Antragsgegner bei Vermeidung einer fiktionalen Strafe von 50 Mark aufgegeben, in der nächsten nach Zustellung der einstweiligen Verfügung zur Veröffentlichung gelangenden Nummer der Zeitung „Der deutsche Metallarbeiter“ unter der Rubrik „Streiks und Lohnbewegungen“ folgende Notiz zu veröffentlichen: „In den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken, Aktiengesellschaft in Ahlen, sind weder Maßregelungen erfolgt, noch bestehen Differenzen mit der Arbeiterkassette.“ Die Zustellung dieser einstweiligen Verfügung an den Antragsgegner ist auf Parretrieb am 4. Oktober 1907 geschehen. In der am 5. Oktober 1907 erschienenen Nummer der wöchentlich und zwar Samstag erscheinenden Zeitung „Der deutsche Metallarbeiter“ war die durch die einstweilige Verfügung vorgeschriebene Notiz noch nicht enthalten, wohl dagegen in der in der folgenden Woche am 12. Oktober 1907 erschienenen Nummer. Auf Antrag der Westfälischen Stanz- und Emailierwerke ist in dem Beschlusse der zweiten Zivilkammer des Königlich-Landesgerichts in Duisburg vom 8. November 1907 die in der einstweiligen Verfügung angeordnete Strafe von 50 Mark festgesetzt worden. Die von dem Antragsgegner gegen diesen Beschluß form- und freistgerecht eingelegte Beschwerde erscheint begründet. Der Antragsgegner hat in glaubhafter Weise angegeben, daß die Nummer vom 5. Oktober 1907 der nur wöchentlich einmal erscheinenden Zeitung zur Zeit der Zustellung der einstweiligen Verfügung am 4. Oktober 1907 bereits gedruckt gewesen sei, sodaß es ihm nicht mehr möglich gewesen sei, die vorgeschriebene Notiz in dieser Nummer zu bringen. In dem Fehlen der Notiz in dieser Nummer vom 5. Oktober 1907 ist hiernach eine Zuwiderhandlung gegen die einstweilige Verfügung nicht zu finden. Der Straffestellungsbeschlusse war daher aufzuheben und der Antrag auf Straffestellung aufzuheben. Die Entscheidung über die Kosten des Beschwerdebefahrens entspricht dem § 91 C.P.O.

gez.: Schmitz. Koppers. Ausgefertigt. gez.: Kray. Gerichtssekretär des Königlich-Oberlandesgerichts.

In dieser Sache ist die Direktion der Westfälischen Stanz- und Emailierwerke also abgeblüht. Hier hat sich das Sprüchwort bewahrheitet: Blinder Eifer schadet nur.

Aus der Metallindustrie.

Deutschlands Roheisenerzeugung

hat im Jahre 1907 die Höhe von 13 045 760 Tonnen erreicht, gegenüber 12 478 067 Tonnen im Jahre 1906. Die Erzeugung vom Dezember 1907 ist noch um etwas höher wie die deselben Monats im Jahre 1906, aber hinter den Monaten November und Oktober 1907 beträchtlich zurückgeblieben. Auch darin macht sich der Niedergang der wirtschaftlichen Konjunktur bemerkbar. Ein Gesamtbild der Roheisenerzeugung Deutschlands in den letzten vier Jahren nach den einzelnen Monaten dargestellt, ergibt nachstehende Statistik.

	1904	1905	1906	1907
Januar	831 053	786 209	1 018 461	1 062 152
Februar	780 460	672 473	958 434	978 191
März	850 340	995 803	1 058 527	1 099 257
April	833 298	894 393	1 019 143	1 077 703
Mai	867 477	951 431	1 960 740	1 094 314
Juni	836 785	918 174	1 019 015	1 044 335
Juli	846 327	942 905	1 054 147	1 123 960
August	851 651	968 323	1 064 957	1 117 545
September	833 578	953 780	1 036 753	1 091 020
Oktober	868 523	1 006 943	1 073 874	1 138 676
November	833 255	988 000	1 061 572	1 112 225
Dezember	871 194	1 029 084	1 069 698	6 106 375
Zusammen	10 103 941	10 987 623	12 478 067	13 045 760

Unter den Erzeugungszonen nimmt Rheinland-Westfalen nach wie vor die erste Stelle ein. Die Erzeugung betrug:

	1907	1906
in Rheinland-Westfalen	5 446 124	5 142 783
in Lothringen, Luxemburg	3 989 922	3 887 600
im Saarbezirk	950 446	902 252
in Schlesien	938 658	901 345
im Siegerland, Lahnbezirk und Hessen-Nassau	889 906	851 020
in Hannover und Braunschweig	468 829	442 969
in Bayern, Württemberg und Thüringen	202 900	188 305
in Pommern	158 975	157 790

Die gewaltige Entwicklung der deutschen Eisenindustrie tritt erst dann deutlich hervor, wenn man folgende Zahlen neben die vorstehenden stellt. Deutschland produziert:

im Jahre 1865	975 000 Tonnen
" " 1875	2 029 000 "
" " 1895	5 564 000 "
" " 1907	13 045 000 "

Deutschland hat England (1906: 10 400 000 Tonnen) schon überholt und wird nur noch von Amerika (1906: 25 712 000 Tonnen) überflügelt.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch

nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Bedingen (Saar). Firma Fr. Marcher & Co. (Schraubensabrik) wegen Maßregelung der christlichen Gewerkschaftler und Mitglieder des kath. Arbeitervereins gesperrt. Werkzeugmacher und Schlosser insbesondere fernhalten.

Bodholt. Ueber die Herdfabrik Firma J. B. Eltinghork ist die Sperre verhängt.

Cöln. Die Firma Utermöhle, Luxuswarenfabrik hat sämtliche Schmiebe und Stellmacher ausgesperrt, weil sie einer Verlängerung der Arbeitszeit (von 9 1/2 auf 10 Stunden) nicht zustimmen wollten.

Dinklage. Wegen Maßregelung von Kollegen sind bei der Firma Polthaus (Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen) Differenzen ausgebrochen.

Lünen. Ueber die Firma Gottfr. Quittmann ist die Sperre verhängt.

Eingen. Ueber die Fittingswerke ist die Sperre verhängt.

Saarbrücken. Ueber die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft St. Johann (Saar) ist wegen fortbauender Maßregelung der christlichen Gewerkschaftler die Sperre verhängt.

Kalk. In der Gießerei der Firma Humboldt ist infolge Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse Streit ausgebrochen.

Stuttgart. Die hiesigen Flaschner und Installateure stehen in einer Tarifbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten.

Oberschöneweide. Der Streit der Formier in der Norddeutschen Stahl- und Eisenindustrie ist auf Grund von Vereinbarungen mit teilweisem Erfolg beendet.

Cöln. Der Streit bei Papler & Sohn, Rhein-Karosseriewerke ist durch Vereinbarung vor dem Gewerbegericht mit Erfolg für die Arbeiter beigelegt.

Ahlen i. W. Wie den Kollegen bekannt, schwebt zwischen den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken in Ahlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Wir erjuchen unsere Mitglieder, sich vor etwaiger Annahme von Arbeit in Ahlen bei unsern dortigen Verbandsvertreter zu melden.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 2. Februar der letzte Wochen-Beitrag für die Zeit vom 2. bis 9. Februar 1908 fällig.

Alle den Verband betreffenden Zuschriften ohne Unterschied, sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seitenstraße 19, zu adressieren.

Die Abrechnung vom 4. Quartal 1907 ist von allen Ortsgruppen, welche dieselbe noch nicht eingekandt haben, sofort fertig zu stellen und an die Zentrale zu senden. 4-5 Wochen nach Quartalsabschluss soll in jeder Ortsgruppe die Abrechnung erledigt sein.

Wegen Schädigung des Verbandes wurden aus dem Verbandsausgeschlossen die seitherigen Mitglieder, der Ortsgruppe Gleiwitz (D. Schl.) Martin Kaluja, Buch-Nr. 66 000, Ludwig Wramet Buch-Nr. 65 995, Josef Wandera Buch-Nr. 86 548.

Zur Erwerbslosenunterstützung. Um unnötigen Reklamationen vorzubeugen, machen wir alle Kollegen, besonders aber die Ortsgruppenvorstände auf die für den Bezug der Erwerbslosenunterstützung geltenden Bestimmungen des Statuts aufmerksam. Besonders den Absatz 4 und 5 im § 7 mögen die Mitglieder beachten; viele unnötige Anfragen können dadurch erspart werden. Wir bringen diese beiden Absätze zur besonderen Beachtung noch einmal zum Ausdruck:

4. Für die ersten sieben Tage der Arbeitslosigkeit sowie für die Tage, wo das erwerbslose Mitglied ganz oder teilweise Beschäftigung gefunden und für halbe Tage darf keine Unterstützung gezahlt werden. Bei Krankheit tritt die Unterstützung nach Ablauf der zweiten Krankheitswoche in Kraft, wird aber auch bis zu 20 Wochen gewährt, gleich der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit. Sämtliche Unterstützungsfälle, sowie bei Arbeitslosigkeit wie bei Krankheit, sind sofort bei der Zentrale anzumelden.

Die Zeit der Erwerbslosigkeit wird von dem Tage an gerechnet, wo sich das Mitglied beim Vorhandensein der Ortsgruppe gemeldet hat. Jedes erwerbslose Mitglied hat sich einer Kontrolle zu unterziehen, andernfalls es der Unterstützung verlustig geht.

5. Außerdem geht ein Mitglied der Erwerbslosenunterstützung verlustig, wenn es: a) eine in sein Fach einschlagende, unter auskömmlichen Bedingungen annehmbare Arbeit verweigert,

b) Die im Statut enthaltenen Vorschriften und ihm auferlegte Pflichten als auch die auf Grund des Statuts erlassenen Kontrollvorschriften erwießenermaßen nicht befolgt und

c) mit seinen Beiträgen mehr wie acht Wochen im Rückstande ist; es kann dann auch seine Unterstützungsberechtigung nicht durch Nachzahlen der Beiträge erlangen, sondern gilt als neu eingetreten.

Dann machen wir noch einmal darauf aufmerksam, daß diejenigen Mitglieder, welche seit dem 1. Januar 1908 104 Beitragsmarken a 50 Pfg. geleistet haben. Anspruch auf eine Unterstützung von 7 Mark pro Woche haben. Für Mitglieder die innerhalb 4 Wochen das zweite Mal erwerbslos werden, fällt bei der zweiten Erwerbslosigkeit die Karenzzeit fort. Das gilt auch für Erwerbslose infolge Krankheit, die probeweise die Arbeit aufgenommen haben und bei denen sich herausstellte, daß sie weiter arbeiten müssen.

Ferner wird nochmals ersucht, die Meldungen stets mit Ort, Datum, Unterschrift und Stempel zu versehen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Sinn. Einen drastischen Beitrag für Polizeiwilfr in der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes bietet das Verhalten der hiesigen Polizeibehörde. Infolge großer Lohnabzüge, die den Arbeitern der Neuhoffnungshütte aufgedrängt wurden, wollte ein Teil der Arbeiter am 16. Januar die Arbeit niederlegen. Die im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter mahnten mit Erfolg zur Weiterarbeit, zu ruhigem besonnenem Handeln. Am 20. Januar sollte nunmehr in Sinn eine öffentliche Arbeiterversammlung stattfinden, um zu der Ungelegenheit Stellung zu nehmen. Kurz vor Beginn der Versammlung veranlaßte der Ortsbürgermeister den Wirt, das Abhalten der Versammlung zu verweigern, mit dem Hinweis, daß er dadurch benachteiligt würde. Die Arbeiter versammelten sich nun in einem anderen Lokal, zu einer geschlossenen Fabrikversammlung. Der Einberufer, Gewerkschaftssekretär Schmitz aus Köln will ausdrücklich feststellen, daß nur Arbeiter der Neuhoffnungshütte anwesend seien und sich die Besprechung nur mit Angelegenheiten dieses einen Betriebes befaßte. Der Gewerkschaftssekretär Behmann von Herborn erklärte, daß die Versammlung alles, nur nicht die Lohn- und Arbeiterfragen des Werkes besprechen dürfe. Trotzdem Herr Schmitz den Herrn Wachmeister auf seinen Irrtum aufmerksam machte, löste derselbe die Versammlung auf. Der Arbeiterschaft bemächtigt sich große Erregung; durch die einbringlichen Mahnungen des Gewerkschaftssekretärs wurde jedoch die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten.

Wiggoldingen. Bald gewinnt es den Anschein, als ob Ruhe in den Reihen unserer Kollegen einreißen sollte. Dieser Eindruck mußte durch den schwachen Besuch unserer Generalversammlung am 12. Januar noch verstärkt werden. Das darf nicht weiter formidieren, hier muß einmal an alle Mitglieder die dringende Mahnung gerichtet werden, sich der Pflicht eines vollwertigen Gewerkschafters bewußt zu werden und vor allem regen Anteil am Vereinsleben zu nehmen. Daneben ist auch die pünktliche Beitragsentrichtung eine unerlässliche Notwendigkeit, um die Kassengeschäfte ordnungsgemäß führen zu können und andererseits auch die Mitglieder selbst vor Schäden zu bewahren, denn wer mit den Beiträgen rückständig ist, der hat den Anspruch auf Unterstützung verliert.

Zu der Generalversammlung erstattete der Vorsitzende zunächst den Jahresbericht, der Kassierer dann den Kassensbericht, der in vollständiger Ordnung befunden wurde. (Warum wird aus diesen Berichten denn nichts angeführt? Red.) Hieran wurde beschlossen, unsere Jahreshilfskommission mit Sch. Gmünd zu zentralisieren. Dadurch wird die Arbeit vereinfacht und es kann auch von Gmünd aus eine planmäßigere Agitation betrieben werden, wie von dem weit entfernt wohnenden Bezirksleiter.

Aus der Neuwahl des Vorstandes gingen folgende Kollegen hervor: Pfeiffer, Vorsitzender, Abele, Kassierer, Schmid, Schriftführer und Nagel und Scheel als Vertrauensmänner. Als Versammlungslokal wurde das Gasthaus „Zum Hirsch“ gewählt.

Nach Tätigung dieser Wahlen hielt Kollege Gerhard Sch. Gmünd einen instruktiven Vortrag über die Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder. Hauptsächlich bleiben diese Ausführungen in dem Gedächtnis dieser Kollegen haften und werden praktisch in die Tat umgesetzt. Wir haben hier gemäß alle Veranlassung, unermüdet und energisch zu arbeiten, wenn wir in Wiggoldingen uns diejenige Position erobern wollen, die wir erreichen wollen und erreichen müssen. Mit einem Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband wurde die schon verlaufene Generalversammlung geschlossen.

Eilenburg. Im verfloßenen Jahre ist unsere Ortsgruppe wieder um einen kleinen Schritt vorwärts gekommen. Dieses Resultat konnte unser Vorsitzender Kollege Jensch in seinem Jahresbericht in der Generalversammlung am 11. Januar bekannt geben und darauf hinweisen, daß auch unsere Mitgliederzahl gestiegen ist. Kollege Jensch erstattete auch den Kassensbericht, worauf dem Kassierer von der Versammlung für seine eifrige Tätigkeit gedankt und Decharge erteilt wurde. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die Kollegen Jensch als 1. Nummer als 2. Vorsitzender, Leuchter als Kassierer und Bogel und Wend als Vertrauens gewählt.

Als weiterer Punkt stand dann die Erhebung eines Lokalausschlages auf der Tagesordnung. Wegen der unermesslichen vielen Auslagen wurde dieser Antrag einstimmig bis auf weiteres abgelehnt. (Denn haben wir die

Kollegen der Ortsgruppe Eilenburg ein rühmendes Zeugnis ihrer Opfernütigkeit, — dieser schönsten Tugend eines Gewerkschaftlers — ausgestellt. Hauptsächlich werden sie dieses recht bald durch einen einstimmigen Beschluß zur Erhebung eines Lokalausschlages nieder wekt machen. Red.) Es entspann sich dann noch eine längere Diskussion über verschiedene Fragen der Organisation, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Kollegen von Eilenburg! Unterstützt den Vorstand, arbeitet alle ohne Ausnahme mit an der Ausbreitung unseres Verbandes. Wir haben hier inmitten vieler und mächtiger Gegner einen schweren Stand. Da müssen alle Kräfte angespannt werden, um uns eine einflussreiche Position zu erringen. Diese Arbeit kann nicht von einigen wenigen Kollegen geleistet werden, da müssen eben alle Kollegen vom ersten bis zum letzten mit in die Front treten. Darum auf zur Arbeit, zu weiteren Fortschritten im laufenden Jahr.

Stromberg-Mauort. Am Sonntag, den 12. Januar, hielten wir unsere diesjährige Generalversammlung ab. Zunächst verlas unser Vorsitzender Kollege Thewel ein Rundschreiben von der Bezirksleitung betreffs unsern neuen Aufgaben für das Jahr 1908. Hierauf wurde von dem Schriftführer das Protokoll vorgelesen und Bericht erstattet über unsere geleistete Arbeit im verfloßenen Jahre. Wir haben abgehalten 5 öffentliche, 8 Mitgliederversammlungen und 12 Vorstandssitzungen. Wir haben in unserer geringen Tätigkeit nach innen und außen einen schönen Fortschritt zu verzeichnen. Wir zählten bei der ersten Versammlung 27 Mitglieder und waren gekommen bis über 60. Da wir aber wieder verschiedene Mitglieder verloren, die den Verband noch nicht für so nötig hielten, hatten wir am Schlusse des Jahres 47 Mitglieder aufzuzählen.

Bei der Vorstandswahl wurden wieder bezw. neu gewählt: Heinz Thewel, 1. und Wilh. Wirth 2. Vorsitzender, Peter Freisberg 1. und Joseph Maurer, 2. Kassierer, Joh. Kemp 1. und Peter Schöneberg 2. Schriftführer. Zu den Vertrauensmännern zählen Peter Schneider, Joh. Heit und Wilh. Kronmüller aus Stromberg, Joseph Diefopf und Jakob Braiten aus Mauort, Joseph Wirth und Jakob Böhm aus Craun.

Jetzt, Kollegen, heißt es, ein neues Jahr — neue Arbeit. Mit großem Mut wollen wir von neuem alle unsere Kräfte einsetzen, denn nur wenn alle Mitglieder arbeiten, ist es möglich, eine Ortsgruppe im Wachsen und Blühen zu erhalten und auf die Höhe zu bringen. Wir haben keine Zeit, müde zu sein mit unserer Arbeit, immer vorwärts! muß die Parole heißen.

Hier sind noch viele Metallarbeiter zu gewinnen, und eher wollen wir nicht ruhen, bis wir alle in unserem Kreise haben; denn, je enger und fester wir unsere Reihen schließen, desto leichter sind wir imstande, unser Ziel zu erreichen. Was der einzelne Mann garricht zu erreichen imstande ist, das muß eben durch treues Zusammenarbeiten erreicht werden. Dann wurde unsere äußerst anregende Generalversammlung mit einem Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband geschlossen.

Gladbach. Unter zahlreicher Beteiligung fand im christlichen Gewerkschaftshaus am 12. Januar unsere Generalversammlung statt. Kollege Nürnberg erstattete den Jahresbericht, dem wir folgendes entnehmen: Mitglieder waren Anfang des Jahres 23 vorhanden, Neuannahmen 18, zugereist und übergetreten 5, davon abgereist und ausgetreten 16. Der Versammlungsbesuch war befriedigend. Der Kassensbericht des Kassierers Kollege Decker zeigte ein erfreuliches Bild. Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 564,75 Mark. Die Ausgaben für dieselbe 112,42 Mk. einschließlich 15 Prozent für die Lokalkasse. An die Zentrale wurden abgeandt 452,33 Mk. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 137,58 Mk., die Ausgaben 70,35 Mk. Mitbin ein Lokalkassenbestand am Jahresabschluss von 67,13 Mk. Bevor zur Vorstandswahl geschritten wurde, waren noch mehrere Neuannahmen zu verzeichnen.

Alsdann übernahm der Referent Kollege Schug den Vorsitz und leitete die Vorstandswahl. Neugewählt resp. wiedergewählt wurden die Kollegen: Nürnberg erster, Bruns zweiter Vorsitzender, Decker erster, Dohl zweiter Kassierer, Schöring erster, Schön zweiter Schriftführer. Als Revisoren wurden die Kollegen Polebnik und Goeritz und als Kartelldelegierte die Kollegen Nürnberg und Heinrich Dreischer gewählt. Nun Kollegen, mit neuem Mut und frischer Kraft im neuen Jahr zur Arbeit. Sorge jeder für regelmäßigen und pünktlichen Versammlungsbesuch, das pünktliche Beitragszahlen nicht vergessen, damit auch wir besser Hand in Hand arbeiten können. Nur dann wird das neue Jahr uns schönere Erfolge bringen als das alte.

Vindlar. Unsere erste sehr gut besuchte Generalversammlung im neuen Jahre fand am 12. Januar statt. Einleitend sprach der Vorsitzende über Tätigkeit und Fortschritte unserer Ortsgruppe indem er die Frage stellte: „War unsere gewerkschaftliche Tätigkeit so gestiegen, daß entsprechende Fortschritte zu verzeichnen sind?“ Diese Frage können wir stolz mit Ja beantworten, denn das Jahr 1907 brachte uns nicht vielen schönen Fortschritten sogar einen großen Erfolg, nämlich den Lohnaufschlag von 10 und 15% bei der Firma Klein, welcher gewiß hoch zu schätzen ist, da unsere Ortsgruppe zurzeit noch sehr jung war. Sodann ersuchte der Vorsitzende die Kollegen, wie im vergangenen Jahre so auch in diesem Jahre dahin zu streben, unsere Ortsgruppe immer mehr auszubauen. Vor allen Dingen dürfe die Werbekraft für unsern Verband immer neue Mitglieder zu gewinnen. Bei keinem Kollegen erlaßmen. Wenn auch in dieser Beziehung manche laute

Arbeit unsonst gesehen sei, so wurde uns dies nicht entmutigen. Der Gedanke, es gilt für unsere Arbeitsbrüder, es gilt für uns, für unsere gute und gerechte Sache, müsse uns begeistern und aneifern.

Bezüglich des Versammlungsbesuches führte der Vorsitzende aus, daß ein ganzer treuer Gewerkschaftler es sich zur Ehrenpflicht mache, bei keiner Versammlung zu fehlen. Er schloß mit der Parole: Unentwegt voran für das Jahr 1908. Sodann erfolgte die Vorstandswahl, bei der die Kollegen Hermann Niebach als 1. Vorsitzender, A. Hoffstadt als 2. Vorsitzender, Ernst Steinbach als 1. Schriftführer, J. Scharrenbroich als 2. Schriftführer, A. Keilert als 1. Kassierer, W. Kesseler als 2. Kassierer und W. Keiler als Vertrauensmann gewählt wurden. Nun frisch und froh an die Arbeit, das neue Jahr muß uns weitere Erfolge bringen und dies wird geschehen, wenn wir unermüdet für unsere Sache arbeiten und stets treu zusammenhalten.

Käfertal. Eine Generalversammlung, die alle Teilnehmer vollumfänglich befriedigt hat, war unsere diesjährige vom 12. Januar, die erfreulichweise auch zahlreich besucht war. Den Tätigkeitsbericht erstattete der Vorsitzende, der insbesondere über zeitweiligen schlechten Versammlungsbesuch zu klagen hatte. Wir hoffen jedoch ganz bestimmt, daß der zahlreiche Besuch der Generalversammlung ein gutes Zeichen für das neue Jahr sein wird und die Kollegen stets so zahlreich auf dem Posten sind. Dem Kassierer Kollegen Hartmann wurde nach Erstattung des Kassensberichtes für seine rührige und mustergültige Kassenerwaltung Dank und Decharge erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der bisherigen Kollegen. Auch der Vorsitzende, Kollege Mary, der zurücktreten wollte, mußte infolge des einstimmigen Vertrauensvotums die Wiederwahl noch einmal annehmen. Jetzt werden die Vorstandsmitglieder wieder einmütig in die Werberarbeit für den Verband eintreten und erwarten dabei aber auch die tatkräftige Unterstützung und Mitwirkung aller Kollegen. Wenn alle mithelfen, muß es vorwärts gehen.

Sodann hielt Kollege Ziegelmeier-Mannheim, der als Referent anstelle des verhinderten Bezirksleiters Kollegen Thelen erschienen war, einen lehrreichen Vortrag über die christlich-nationale Arbeiterbewegung und die beiden Kongresse in Frankfurt und Berlin. Der Redner zeichnete in kurzen Strichen die Entstehung der christlichen Arbeiterbewegung und wie sie sich dann ungeahnt schnell entwickelt habe. In Frankfurt seien 1903 schon 600 000 christlich-nationale Anhänger vertreten gewesen, die aber bis zum Berliner Kongreß auf über eine Million angewachsen waren. Mit großer Zuvorkunft können wir deshalb der Zukunft entgegen sehen. — Dem Referenten wurde für den lehrreichen Vortrag herzlicher Dank und Beifall spendend. Hieran wurde noch bekannt gegeben, daß unser Vereinslokal von jetzt an im Gasthaus zur Roße befindet. Dann hielt Kollege Mary noch eine begeisterte Schlußansprache, die mit dem Motto endete: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Rochheim. Am 13. Januar d. J. hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab, die erfreulichweise gut besucht war. So sollte es immer sein. Unser Vorsitzender Graber Balkin erstattete den Jahresbericht, aus dem wir folgendes entnehmen: Versammlungen fanden im verfloßenen Jahre 18 statt jenseit 2 Vorstandssitzungen. Der Versammlungsbesuch war häufig ungenügend. Im Durchschnitt waren von den Kollegen nur die Hälfte und fast immer dieselben anwesend. Leider gehen manche Kollegen lieber in einen Vergnügungsverein, als in ihre pflichtgemäße Versammlung. Mitglieder zählten wir bei Beginn des verfloßenen Jahres 23, Aufnahmen hatten wir 6, Austritte 3 zu verzeichnen, mithin eine Mitgliedschaft von 26 Kollegen. In Beiträgen und sonstigen Einnahmen hatten wir 779,50 Mk., davon wurde an die Zentrale abgeandt 443,51 Mk., an die Bezirkskasse wurden 69,95 Mk. abgeliefert. Der Lokalkassenbestand beträgt 100 Mk., welche in der hiesigen Sporkasse angelegt sind. Der Kassensbestand wurde für richtig erkannt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der nun vorgenommenen Vorstandswahl wurden die bisherigen Kollegen wiedergewählt, mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, der neu gewählt wurde. Der Vorsitzende richtete zum Schlusse noch beherzigenswerte Worte an die Versammlung mit dem Hinweis, daß im angefangenen Jahre jeder Kollege ein Agitator sein muß und mehr wie bisher für die Ausbreitung unseres christl. Metallarbeiterverbandes einzutreten, das Verbandsorgan fleißig zu studieren, überhaupt, daß ein jeder seinen Mann stellt.

Welche Unklarheit und Verwirrung hier noch in manchen christlichen Kreisen besteht, mag aus folgendem ersichtlich sein. Die Frage: Welcher Gewerkschaftsorganisation sollst du dich anschließen? sollte doch eigentlich für jeden christlich Gesinnten klar sein. Wenn ich aber leider in Rochheim nicht so, sonst könnte es nicht verkommen, daß es in einem hiesigen konfessionellen Verein, (dem katholischen Gesang- und Leseverein), der doch auch, wie sein Name schon sagt, zu den christlichen Vereinen gehört noch viele Mitglieder gibt, welche in den sozialdemokratischen Gewerkschaften organisiert sind. Es ist doch ein Unding, einerseits auf christlichem Standpunkt zu stehen, andererseits einer sozialdem. religionsfeindlichen Gewerkschaft anzugehören. Das hat auch Bömelburg (soz. Reichstagsabg.) richtig gekennzeichnet, indem er sagte: „Es trennen uns zwei Weltanschauungen.“ Der selbe Bömelburg kürzte in Köln auf dem letzten Gewerkschaftskongreß als Vorsitzender aus: „In Stuttgart habe ich gesagt, Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins und werden eins bleiben.“

Nach diesen Auslassungen bleibt für einen christlichen Arbeiter nicht anderes übrig und es ist etwas Selbstverständliches, daß er nur der christlichen Gewerkschaft beitreten kann. Es ergeht daher der Ruf an alle Kollegen, welche schon in den christlichen Gewerkschaften und Mitgliedern dieses obengenannten Vereins sind, daß sie mit aller Energie in diesem Verein dafür eintreten, daß einmal diese Missstände beseitigt werden. Es ist vorgetra-

men, daß ein Mitglied dieses Vereins aus der christlichen Gewerkschaft austrat und zur sozialdem. Gewerkschaft überging. Nebenbei bemerkt, trägt dasselbe Mitglied bei Gelegenheiten die katholische Vereinsfahne voraus.

Wie solche Leute das miteinander vereinbaren können, wird jedem ein Rätsel sein. Kollegen von Rogheim! Deshalb heißt es, Aufklärung geschäfft, den Weg zu ebuen unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung!

Anmerkung der Redaktion. Die Richtigkeit der vorstehenden Angaben können wir im Augenblick ja nicht nachprüfen, haben aber keinen Grund, dieselben zu bezweifeln. Ein sozialdemokratischer Gewerkschaftler mit der katholischen Vereinsfahne ist allerdings ein Bild, das tief zu denken geben muß. Die Mitglieder solcher Vereine haben zweifellos jeder sozialen Beziehung und Schulung ermangelt, sonst könnten solche Situationen nicht möglich sein; andererseits aber auch wieder ein deutlicher Beweis dafür, daß mit Gesangs-, Theater- und sonstigen Klubbvereinen die Arbeiter nicht im christlichen Lager gehalten werden können.

Schwabach. In der sozialdemokratischen Hochburg Schwabach hat unsere christliche Gewerkschaftsbewegung einen schweren Stand. Wenn es dann auch noch an eifrigen, hartnäckigen Kollegen fehlt, die mit Ausdauer und Energie unsere Fahne vorantreiben, und uns auch noch im eigenen Lager Schwierigkeiten gemacht werden, dann mag es begreiflich erscheinen, daß wir nur mühsam das Ertrugene hochhalten und keine erheblichen Fortschritte machen können. Unter diesem Eindruck hat unser vergangenes Jahr gestanden, wie es in unserer Generalversammlung am 12. Januar zum Ausdruck kam. Kollege Böhler erstattete den Jahresbericht und wies zunächst auf das schlechte Vereinsleben unserer Ortsgruppe hin. Im laufenden Jahre mußten die Kollegen sich besser ihrer Pflichten bewußt sein und vor allen Dingen die Versammlungen besser besuchen. Mitgliederversammlungen wurden 7 abgehalten, Ausschußsitzungen 11. Der Mitgliederbestand hat sich um 4 Mitglieder vermehrt. Dabei ist zu bemerken, daß mehrere Mitglieder bei einer Neugründung des christl. Hilfs- und Transportarbeiterverbandes dorthin übertraten und natürlich auch mit offenen Armen aufgenommen wurden. Aber schon nach kurzer Zeit war die Hilfsarbeiterzählstelle wieder zusammengebrochen und damit die Leute für die christlichen Gewerkschaften überhaupt verloren. Das sind dann die Folgen der Agitation mit niedrigen Beiträgen. Aus dem Kassenbericht sei hervorgehoben, daß die Einnahmen 909,95 Mk. betragen. An die Hauptkasse wurden 678,45 Mk. abgeleitet. Dem Kassierer Kollegen Metz wurde der Dank ausgesprochen und Entlastung erteilt. Der Kassierer ermahnte dann alle Kollegen, ihn fernerhin zu unterstützen, insbesondere durch regelmäßige und pünktliche Beitragszahlung. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: Kollege Ludwig 1., Kollege Behrer 2. Vorsitzender, Kollege Stich 1., Kollege Waldmüller 2. Schriftführer, Kollege Metz als Kassierer und die Kollegen Maurer und Ludwig als Revisoren. Die Gewählten nahmen die Wahl an und gaben das Versprechen, im kommenden Jahre mit allen Kräften für den Verband tätig zu sein. Der neue Vorsitzende, Kollege Ludwig, richtete sodann in seinem Schlusswort noch begeisterte Worte an die Kollegen, alle ohne Ausnahme an der Ausbreitung des christlichen Metallarbeiterverbandes mitzuarbeiten. Der Worte sind nun genug gewechselt, jetzt wollen wir die Taten folgen lassen.

Anmerkung der Redaktion. Die Klagen über das mangelhafteste Vereinsleben scheinen uns nicht unbegründet, da in dem Bericht nur von sieben stattgefundenen Mitgliederversammlungen die Rede ist. Sieben Versammlungen im ganzen Jahr ist zweifellos zu wenig, das mindeste muß doch jeden Monat eine Versammlung sein. Wer ist daran aber schuld? Die Leitung der Zählstelle jedenfalls doch in erster Linie, wenn auch die Mitglieder zu ihrem Teil gewiß nicht ungeschuldig daran sein werden. Sonst müßten sie schon für eine Aenderung gesorgt haben. Ob in der Generalversammlung nun die naheliegende und unbedingt notwendige Gewissensforschung angestellt wurde, geht aus dem Bericht nicht hervor. Wenn dieses nicht geschehen ist, muß es jedenfalls nachgeholt werden. Wer eine Krankheit heilen will, muß zunächst ihre Ursachen erforschen und kennen lernen.

Dinklage. Im vergangenen Jahre hat unsere Ortsgruppe die Generalprobe bestehen müssen. Wir haben diese Probe bestanden, das können wir ohne Ueberbahrung sagen. Mit allen erdenklichen Mitteln hat man unsere Organisation erdroffeln, unser Koalitionsrecht illusorisch machen wollen; es ist vergebens gewesen. Die Standhaftigkeit unserer Kollegen hat diese Pläne zunichte gemacht. Im vorigen Sommer wurden wir mit der Aussperrung seitens der Firma Polthaus beglückt, die der Hauptkasse über 7000 und aus unserer Lokalkasse noch zirka 400 Mark gekostet hat. Die zustande gekommene Einigkeit hat nicht lange gedauert. Ende des Jahres wurden sechs von unsern Kollegen gemafregelt und von leitender Stelle der Firma der Plan ausgesprochen, den Verband vollständig an die Wand zu drücken. Noch ist dieser Plan nicht gelungen und wird auch in Zukunft scheitern an der Tapferkeit und Charakterstärke der hiesigen christlichen Arbeiter.

Davon hat unsere am 11. Januar stattgefundene Generalversammlung einen erneuten Beweis abgelegt. Fast vollständig waren die Kollegen erschienen, um aus dem Rückblick auf die vergangenen Kämpfe neue Lehren für die Weiterarbeit in diesem Jahre zu ziehen. Kollege Krone erstattete den Jahresbericht. Neuaufgenommen wurden 45 Kollegen, übergetreten sind 2, abgereist (infolge der Kämpfe) 42, gestorben 2, jedoch sich trotz aller Bekämpfung unter Mitgliederbestand gehalten hat. (Bravo! Die Red.) Aus dem Kassenbericht ist hervorzuheben, daß 1945 Mk. an die Hauptkasse eingeleitet wurden. Die Neuwahl des Vorstandes und der Vertrauensmänner ging glatt von statuen. Unsere Kollegen wettkampfen in der persönlichen Arbeitsfreudigkeit für die gemeinsame Sache. (Für manche andere Ortsgruppe sehr nachahmenswert. Red.)

Kollegen von Dinklage! Wir haben auch in Zukunft alle Veranlassung, geschlossen und einig darzustehen, um jeder Enttarnung des Arbeiterverbandes energig entgegenzutreten zu können. Gilt es hier doch, das freie Koalitionsrecht des Arbeiters zu verteidigen, welches die Unternehmer

den Arbeitern freitig machen wollen, um so die Arbeiter als ein mächtiges Werkzeug gebrauchen zu können; worauf es die Firma Polthaus speziell abgesehen hat.

Darum, Kollegen, stehen wir einig und geschlossen zusammen da, zahlen wir pünktlich unsere Beiträge, besuchen fleißig die Versammlungen, damit wir zu jeder Zeit gerüstet dastehen, den Kampf für die Rechte des Arbeiterstandes aufzunehmen. Ein jeder Kollege stelle sich in den Dienst der Agitation, um die Indifferenten für die Organisation zu gewinnen, getreu der Parole: Immer vorwärts, nimmer rückwärts!

Schwelm. Wie hier in Schwelm mit Arbeitern umgegangen wird, zeigt drastisch wieder einmal folgender Vorfall. Am Montag, den 13. Januar, sollte ein verkorbener Kollege, der 11 Jahre bei der Firma G. u. St. Schubeis beschäftigt war, beerdigt werden. Sämtliche Arbeiter genannter Firma wollten an der Beerdigung teilnehmen. Als der Sarg über der Erde hörte, jagte er: Wenn die Leute Montag für ihr Blaujäger feiern, können sie Dienstag zu meinem Platzier feiern. Am Dienstag mußten tatsächlich sämtliche Arbeiter feiern. Des Mittwoch aber mußten schon viele Arbeiter wieder Ueberstunden machen, um das Veräumte wieder nachzuholen. Fürwahr, ein sehr trauriges Zeichen für die „Kameradschaft“ zwischen Unternehmer und Arbeiter. Und wo bleibt da die Pietät einem verstorbenen treuen Arbeiter gegenüber?

Solche Vorkommnisse, wie sie hier in Schwelm schon öfter vorgekommen sind, sollten den Hunderten von Metallarbeitern doch endlich die Augen öffnen, um sie den Weg zur Organisation finden zu lassen. Es sind hier am Orte noch so viele Mißstände, daß wir sie hier nicht alle aufzählen können. Die größten Firmen, die über 500 Arbeiter beschäftigen, haben noch eine Arbeitszeit von über 10 Stunden. Hier ist den Arbeitern noch nicht der Gedanke gekommen, daß man einzeln eine Null bedeutet, geschlossen aber eine Macht. Darum Arbeiter von Schwelm! Aufgewacht! Hinein in den christl. Metallarbeiterverband!

Rogheim. In unserer am 12. Januar stattgefundene Generalversammlung ergriß zunächst Kollege Kieseherer das Wort zu einem Tadel an die hiesigen Kollegen. Bei einer so überaus wichtigen Tagesordnung, wie der heutigen, dürfen doch eigentlich kein Mitglied fehlen. Das Jahr 1907 ist sehr lehrreich für die hiesige Ortsgruppe gewesen, denn es hat den Geist bewiesen, welcher in den Mitgliedern herrscht. Insgesamt sind 15 Mitglieder, 4 öffentliche, 1 Werkstatt- und 27 Vorstands- nebst Vertrauensmänner-Versammlungen anwesend. Der Bericht Kieseherer's ist sehr gut. Hoffen wir, daß in diesem Jahre es auch hierin besser wird. Ohne regelmäßigen Besuch der Versammlungen stirbt das Zusammengehörigkeitsgefühl ab.

Außerdem fanden noch 11 Agitationsversammlungen in der Umgegend statt. Es sind heute leider die dadurch gewonnenen Mitglieder wieder abgesprungen. Der Mitgliederbestand betrug vor einem Jahre 62, der Zugang 27 und der Abgang 54, so daß der heutige Bestand 34 beträgt. Ist die Truppe auch klein an Zahl, so ist die Güte derselben gehoben. Im ersten Quartal zahlte jedes Mitglied durchschnittlich 9,6 Wochenbeiträge, während im letzten 11 gezahlt worden sind. Nur etwas arbeitsmüde sind die Kollegen geworden, weil trotz langjähriger Agitation nicht der Erfolg an dauerndem Zuwachs zu verzeichnen ist, wie er sein müßte.

Die Zentralkasse hatte eine Einnahme von 908,69 Mk., an Unterstütungen wurden von derselben 302,77 Mk. geleistet und an der Zentralkassenkasse 605,53 Mk. eingeleitet. Die Lokalkasse nahm 354,69 Mk. ein, verausgabte 306,36 Mark und wurde dem Kassenbestande somit 48,33 Mk. zugeführt, so daß dieser jetzt 556,17 Mk. beträgt.

Im ersten Quartal wurden die konfessionellen Vereine zu einer öffentlichen Versammlung zueinander Stellung zur christl.-nationalen Arbeiterbewegung einberufen. Der Erfolg war ergebnislos. Gegen die verteuerte Lebenshaltung der Arbeiter, als nicht im Einklang zu dessen Arbeitsverdienst, wurde im zweiten Vierteljahr eine öffentliche Veranstaltung gemacht. Der Besuch war geradezu kläglich und verzeifelt. Im dritten Quartal wurde eine Brudergruppe des graphischen Gewerbes errichtet und eine gemeinshafliche Versammlung der christlich organisierten Arbeiter abgehalten, um sich gegenseitig näher zu treten. Im letzten Quartal wurde eine öffentliche Versammlung abgehalten, zu welcher die konfessionellen Vereine und christlichen Gewerkschaftler besonders eingeladen waren. Diese Versammlung war die einzige gut besuchte und tat solches den alten Gewerkschaftlern mit neuen Mut erfüllen. Es wurden deshalb noch kurz vor Jahreschluss 6000 Flugblätter in Hüllen und hier verbreitet.

Bei der nunmehr erfolgten Vorstandswahl wurde Kollege F. Kieseherer zum 1. Vorsitzenden, G. Post zum Kassierer, A. Kurz zum Schriftführer und Th. Ebel sowie H. Bach zu Beisitzern gewählt. Als Vertrauensmänner wurden A. Junke für den ersten Bezirk, A. Wolke für den zweiten und H. Wrede für den dritten Bezirk ernannt. Alle Meldungen, bei Krankheiten, Abgabe des Mitgliedsbuches und Vorgeigung des ärztlichen Attestes, bei Arbeitslosigkeit nebst Abgabe der Invalidenkarte, sind bei den Vorstehenden zu machen. Die Unterstützungsauszahlung, ausschließlich der Wanderunterstützung, wird nur jeden Freitag abend von 8 Uhr ab durch den Kassierer gemacht. Die Vertrauensleute haben jeden Freitag abend bei dem Vorstehenden die benötigten Marken und Zeitungen in Empfang zu nehmen und vor Anfang jeden Monats abzurechnen, damit die Beiträge zinsbringend angelegt werden können. Die Mitglieder seien ermahnt, den Vertrauensleuten ihr Amt leicht zu machen und nicht um die Beiträge oft laufen zu lassen. Wer nicht zu Hause ist, wolle das Geld dajelbst fertig legen resp. die Familienmitglieder darauf hinweisen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung fand eine lebhafte Aussprache statt. Die Agitation habe schwieriges Feld, stets werden die alten Einwendungen gebraucht, doch möchten die Mitglieder den Mut zur fortgesetzten mündlichen Aufklärung nicht verlieren. Der Punkt „Lokalunterstützung“ wurde zur nächsten Versammlung verlagert. Kollegen, auf zur tätigen Mitarbeit, nicht nur zahlendes Mitglied sein, sondern allerwärts den ganzen Mann zu stellen, das muß uns Ehrenpflicht sein, zum Wohle der christl. Arbeiterbewegung!

Marselen. Wie schon an verschiedenen Orten (Nachener Bezirk, so ist man auch hier dazu übergegangen, eine Arbeitervertretervereinigung zu gründen. Die Vereinigung hat den Zweck, die Mitglieder durch geeignete Beiträge und Besprechungen über die Einrichtungen und Verhältnisse der sozialpolitischen Institute als a) Krankenkassen, b) Invaliden- und Altersversicherung, c) Unfallversicherung, d) der deutschen Reichsgewerbeordnung, e) der Gewerbeverordnungen zu belehren. Kein Arbeitervertreter, der wirklich ein „Arbeitervertreter“ sein will, darf dieser Vereinigung fern bleiben. Der Beitritt zu dieser Vereinigung ist nicht mit Kosten verbunden. Am Sonntag, den 2. Februar, abends 6 Uhr, hält die Vereinigung im Lokale des Herrn W. Senchter, Nachenerstraße, ihre Versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Berichterstattung über den Krankentag in Marselen; 2. Aufklärung in verschiedenen Unfallangelegenheiten. Der Vorstand erwartet, daß ein großer Teil der Arbeitervertreter, dieser Vereinigung sowie der Versammlung fernbleibt. Fr. Sch.

Aus dem Unternehmerlager.

Ein Arbeitgeberverband der Edelmetallindustrie

Hat sich nach Mitteilungen der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung (Nr. 2) gebildet. Das genannte Unternehmerorgan berichtet aus Pforzheim:

„Infolge der jüngsten Arbeiterbewegungen innerhalb der Edelmetallindustrie und der ihr verwandten Industriezweige sind an deren Hauptproduktionsstätten Pforzheim, Hanau, Sch.-Gund und Oberstein Arbeitgeberverbände gegründet worden. Diese rein lokalen Arbeitgeberorganisationen haben sich kürzlich zu einer interlokalen „Vereinigung von Arbeitgebern der deutschen Edelmetallindustrie und verwandter Industriezweige“ erweitert. Die „Vereinigung“ erstrebt den Zusammenschluß sämtlicher Arbeitgeber der deutschen Edelmetallindustrie und verwandter Industriezweige unter Anführung an die bereits bestehenden Fachverbände, Innungen und sonstigen wirtschaftlichen Interessensvertretungen der deutschen Edelmetallindustrie. Geschäftssitz der Vereinigung von Arbeitgebern der Deutschen Edelmetallindustrie und verwandter Industriezweige ist Pforzheim. In dem Auftruf des neuen Verbandes heißt es:

„Die Vereinigung erstrebt den Zusammenschluß sämtlicher Arbeitgeber der deutschen Edelmetallindustrie und der ihr verwandten Industriezweige, um der geschlossenen und sich über ganz Deutschland erstreckenden Organisation der Arbeitnehmer eine ebenso geschlossene und einheitliche Organisation auch der Arbeitgeber gegenüberzustellen. Dabei geht die „Vereinigung“ von der selbstverständlichen und natürlichen Erwägung aus, daß die arbeitgeberverbändliche Organisation der Deutschen Edelmetallindustrie in enger Anlehnung an deren bereits bestehende und bewährte Fachvereinigungen, Innungen und sonstige wirtschaftliche Interessensvertretungen erfolgt, sobald also die Organisation der edelmetallindustriellen Arbeitgeber von diesen bewährten wirtschaftlichen Körperschaften ausgeht, getragen wird und ihre Angliederung an die Vereinigung durch sie erfolgt. Auf diese Weise wird eine Organisation der Arbeitgeber auch der Deutschen Edelmetallindustrie geschaffen werden, die, ihre Kraft aus den Wurzeln praktisch bewährter wirtschaftlicher Körperschaften ziehend, in ihrer Geschlossenheit die Interessen der Deutschen Edelmetallindustrie in wirtschaftlichen Kämpfen, als Abwehr nicht als Angriffs-Organisation wirksam wahrzunehmen befähigt sein wird. Voraussetzung für die Erfüllung dieser Aufgabe ist möglichste Geschlossenheit und Lückenlosigkeit dieser geplanten edelmetallindustriellen Organisation. Wir richten daher an alle Fachverbände, Innungen und sonstige wirtschaftliche Interessensvertretungen, sowie an alle Arbeitgeber der deutschen Edelmetallindustrie hiermit das ergebene Ersuchen, in ihrem wie der ganzen Branche Interesse unserer Bestrebungen durch wertvolle und moralische Unterstützung zu fördern und sich unserer Vereinigung anzuschließen zu wollen.“

Für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Edelmetallindustrie muß dieser starke Zusammenschluß der Unternehmer ein mächtiger Ansporn sein, auch ihrerseits die Organisation zu stärken, ohne Unterlaß weiter auszubauen und widerstandsfähig zu gestalten. Sonst werden sie dem organisierten Unternehmertum gegenüber den Kürzeren ziehen.

Berein deutscher Arbeitgeberverbände.

Nach den Berichten der Tagespresse hat am 13. Januar in Berlin unter Vorsitz des Kommerzienrats Mendt-Altona die Vorstandssitzung des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände stattgefunden. Aus dem Geschäftsbericht wird mitgeteilt, daß die Organisation im Jahre 1907 erhebliche Fortschritte gemacht hat. Während Ende 1906 dem Verein 26 Mitgliederverbände mit etwa 200 Unterverbänden und etwas über 1 Million Arbeiter angehörten, ist die Zahl der Mitglieder besonders durch den Zutritt von 19 Verbänden im verfloßenen Jahre auf 44, die Zahl der Unterverbände auf über 300 und die Zahl der angeschlossenen Arbeiter auf 1.300.000 gestiegen. Von Industrien, welche sich im Berichtsjahre neu angeschlossen haben, sind hauptsächlich zu erwähnen, die Chemische, Zigaretten-, Jolier- und Hohl-Glasindustrie und ferner Verbände des Baugewerbes, sowie eine größere Zahl von gemischten Arbeitgeberverbänden in allen Teilen Deutschlands. Die Ausbreitung der Entschädigungsgesellschaft des Vereins, welche als Rückversicherungsgesellschaft wirkt, hat ebenfalls Fortschritte gemacht; für das Jahr 1908 haben bereits verschiedene Verbände den Beitritt zur Rückversicher-

cungsgesellschaft in Aussicht genommen. Es wurde festgestellt, daß im Berichtsjahr bei 197 Arbeiterbewegungen der Schutz des Vereins angerufen wurde. Die Unternehmer lassen selbstverständlich nur das in die Öffentlichkeit dringen, was ihnen angenehm ist. Daraus aber läßt sich schon ersehen, wie in jenem Lager gerüstet wird, um die Gewerkschaften niederzuhalten. Dagegen gibt es nur ein Gegenmittel: Stärkung der Arbeiterorganisation!

Soziales und Volkswirtschaftliches.

Zunahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Das regelmäßige Steigen der Arbeitslosenziffern im Winter ist, so berichtet die letzte Nummer der „Soz. Praxis“, in diesem Jahre bedeutend stärker als im Vorjahr. Nach einer Zusammenstellung des „Arbeitsmarktes“ ist bereits seit Juli 1907 die Zahl der Arbeitslosen gegenüber 1906 beständig gestiegen. Die Berliner Gewerkschaftskommission veranschlagte Mitte Dezember eine Umfrage bei den ihr angeschlossenen Gewerkschaften, die über 16 000 arbeitslose Mitglieder ergab. Beim Zentralverein für Arbeitsnachweis waren zur selben Zeit 11 385 Arbeitslose eingetragen. Ein beträchtlicher Teil von ihnen ist allerdings bereits von den Gewerkschaften gezählt, zieht man diese ab, so erhält man eine Gesamtziffer von 22 322 Arbeitslosen in Berlin. Das ist aber nur eine Mindestzahl. Verschiedene Gewerkschaften, die keine Arbeitslosenunterstützung zahlen, konnten keine Angabe machen. Die unorganisierten Arbeiter sind durch die Feststellungen des Zentralvereins nur teilweise erfaßt, jedoch für Mitte Dezember die Zahl der in Berlin Arbeitslosen wohl auf 30 000 zu schätzen war. Da seitdem jedoch das Weihnachtsgeschäft beendet ist, dürfte augenblicklich die Arbeitslosigkeit noch beträchtlich größer sein. Ähnlich lauten die Nachrichten aus einigen anderen Städten. In Köln fand eine von 1800 Personen besuchte Arbeitslosenversammlung statt, die zweifellos nur einen Teil der Kölner Arbeitslosen umfaßte, da sie von den „freien“ Gewerkschaften einbezogen war. Auch größere Arbeiterentlassungen werden mehr und mehr gemeldet. Einen Teil der Arbeitslosen bewahrt ja die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung vor der äußersten Not. Es handelt sich hier jedoch nur um etwa 1/2 Millionen. Die Unterstützungen, die sie beziehen, betragen zusammen nur 75 Bfg. bis 3 M., etwa 1/4 bis 1/2 des Lohnes. Eine längere Arbeitslosigkeit trifft also selbst diese Bevorzugten hart genug. Es wäre sehr wünschenswert, daß sich unsere Stadtverwaltungen bei Zeiten über den Stand der Arbeitslosigkeit in ihrem Orte unterrichten — die Arbeiterorganisationen werden ihnen dafür schätzbaren Berichtsstoff liefern — und Kostbarkeitsarbeiten vorbereiten. Vor allem muß aber gefordert werden, daß Militär usw. nicht für private Arbeiter hergegeben wird, wie die „Schwab. Tagwacht“ kürzlich aus Heilbronn meldete.

Die Arbeitskammern

rücken anscheinend allmählich in greifbare Nähe. Der diesbezügliche Gesetzesentwurf ist, wie die Blätter zu melden wissen, vom Reichsamt des Innern an das preussische Staatsministerium gelangt, hat dort Zustimmung gefunden und geht nunmehr an die übrigen Bundesstaaten zur Prüfung, ehe er dem Bundesrat vorgelegt wird. Die Organisation dieser Arbeitskammern, in denen Unternehmer und Arbeiter paritätisch vertreten sein werden, schließt sich der beruflichen Gliederung des gewerblichen Lebens an; es werden besondere Kammern für den Bergbau, für die Schwerindustrie, die graphischen Gewerbe usw. errichtet. Die hauptsächlichsten Aufgaben, die die Unternehmern und Arbeitern gemeinsamen Gebiete umfassen und zudem der Information der Behörden dienen sollen, erstrecken sich auf einigungsmäßige Verhandlungen, Erhebungen und Gutachten. Die Reichs- und Staatsbetriebe sollen von den Arbeitskammern nicht erfaßt werden.

Briefkasten.

An verschiedene Anträge: Zum 10. und 11. wöchentlichen Male wurde schon im Organ die Frage beantwortet, daß aus anderen Verbänden überretende Mitglieder kein Eintrittsgeld zu bezahlen brauchen; außerdem gibt doch auch das Verbandsstatut nähere Auskunft. Wo immer möglich das Statut studieren, dann wird manche Frage überflüssig. Auch die Verbandsbeamten haben die Aufgabe, besonders bei Neugründungen von Ortsgruppen die Kollegen über alles notwendige zu belehren, damit nicht viele überflüssige Schreiberei entsteht. — Eine Anzahl Versammlungsberechtigter mußten für die nächste Nr. zurückgestellt werden.

Nachricht.

Das Ende eines libolen Streits. Wie uns kurz vor Redaktionsschluss telegraphisch mit-

geteilt wird, hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband den „Streik“ bei der Firma G. v. r. in Bielefeld für beendet erklärt. Die vollständige Niederlage der Genossen bei diesem unsinnigen Kampfe, der bekanntlich nur zur Unterdrückung unseres Verbandes vom Jaun gedrohen wurde, war ja schon längst besiegelt, jetzt ist das verwerfliche Spiel mithin auch von seinen Veranstaltern verloren gegeben. Zu bedauern sind in erster Linie die beteiligten Kollegen des sozialdem. Verbandes, die sich verhasen und als Werkzeuge gewissenloser Führer zu diesem brutalen Vernichtungskampfe mißbrauchen ließen. Sie können sich nun für alle Opfer und Entbehrungen, die ihnen dieser Kampf auferlegt, bei den roten Führern bedanken. Hoffentlich wird der Ausgang dieses Vernichtungskampfes der verantwortlichen Leitung des sozialdem. Metallarbeiterverbandes für die Zukunft eine Lehre sein, solche Vorwommnisse von oben herunter zu unterfragen, damit uns für die Zukunft derartige bedauerliche Kämpfe erspart bleiben. Unseren Gewinnsgenossen aber wird dieser Kampf ein Alarmruf sein, die Reihen zu schließen, unsern Verband zu stärken und auszubauen, um dann jeder Ungerechtigkeit gegenüber gewappnet zu sein.

Storbekannt.

- Dortmund.** Am 5. Januar starb unser langjähriges Mitglied und Mitbegründer der Ortsgruppe, Heinrich Schumacher, im Alter von 72 Jahren infolge eines Magenleidens.
- Nachen.** Unser Kollege Johann Kaufen starb im Alter von 41 Jahren an Lungenerkrankung.
- Münster.** Unser Kollege Heinrich Holzbauer, starb im jugendlichen Alter von 19 Jahren an Schwindsucht.
- Böblingen.** (Saar) Am 18. Januar starb unser Kollege Jakob Burgard infolge eines Unfalles im Alter von 24 Jahren.
- Essen-Vottrop.** Unser Kollege Ignaz Mary, starb an Blinddarmentzündung im Alter von 21 Jahren.
- Förde.** Unser Kollege August Weigel starb am 24. Januar 1908 infolge Darmverhärtung, im Alter von 54 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

- Kollegen! Ein pflichtbewusster Gewerkschafter wird ohne zwingenden Grund in keiner Versammlung fehlen.
- Amern St. Anton.** Sonntag, den 16. Februar, nachm. 5 Uhr Generalversammlung, Vorstandswahl, Vortrag, Referent Kollege Kretz.
 - Berlin.** Mitgliederversammlung für Groß-Berlin findet jeden 2. Sonntag im Monat abends 9 Uhr im Lokale Seydelstr. 30 (am Spittelmarkt) statt. Bureau und Arbeitsnachweis Berlin D 17 Rührensborferstraße 60.
 - Bremen.** Sonntag, den 1. Februar Generalversammlung in der Marienburg.
 - Bromberg.** Am Sonntag den 2. Februar, nachm. 2 Uhr findet im Lokale bei Richter am Fischmarkt eine große öffentliche Gewerkschafts-Versammlung statt.
 - Bromberg.** Samstag den 8. Februar abends 8 Uhr Mitgliederversammlung.
 - Düsseldorf.** Sonntag, den 2. Februar morgens 11 Uhr Generalversammlung.
 - Ortsverwaltung Duisburg 2.** Am Sonntag, den 2. Februar nachm. 2 Uhr im Gewerkschaftshause bei Herrn Joh. Fahren Vorstand- und Vertrauensmänner-Versammlung. Sämtliche Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner müssen erscheinen. Da das Lokal nächster anderweitig vergeben werden muß, so muß pünktlich anzureisen werden.
 - Duisburg-Heiderich.** Sonntag, den 9. Februar vorm. 10 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Stapelmann.
 - Duisburg-Beck.** Sonntag, den 2. Februar nachmittags 4 Uhr Mitgliederversammlung, Vorstandswahl und Vortrag bei Kölliker.
 - Duisburg-Laar.** Sonntag, den 9. Februar nachmittags 4 Uhr Generalversammlung mit Vortrag im Gewerkschaftshause bei Fahren.
 - Duisburg-Großenbaum.** Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 4 Uhr Generalversammlung, im Lokale des Herrn Bräutigam.
 - Ehren.** Sonntag, den 2. Februar nachmittags 5 Uhr Generalversammlung bei Herrn Josef Gohr zu Kölsdorf.
 - Dortmund.** Pöhlstelle, Sonntag, den 2. Februar, 11 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshause.
 - Dortmund (Alteingewerbe).** Montag, den 3. Februar, Versammlung im Gewerkschaftshause.
 - Dortmund.** (Bezirk Kölich). Sonntag, den 9. Februar vorm. 11 Uhr Versammlung bei Köhne.
 - Dortmund.** Mittwoch, den 5. Februar öffentliche Kartellversammlung. Thema: Gewerbevereinswahl. Freitag, den 7. Februar findet die Wahl der Gewerbevereinsmitglieder statt.
 - Ortsverwaltung Eichen.** Den Kollegen diene zur Nachricht, daß am Sonntag den 9. Februar vorm. 10 1/2 Uhr im Gewerkschaftshause Frohnhauserstraße 19 die Generalversammlung der Ortsverwaltung stattfindet. Pflicht eines jeden Kollegen ist es pünktlich zu erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

- Eisenach.** Samstag, den 1. Februar, Versammlung im Vereinslokal.
- Essen.** Sektion Klempner. Sonntag, den 2. Februar vormittags 11 Uhr Versammlung im Gewerkschaftsh. Frohnhauserstr. 19.
- Essen-Steel.** Sonntag, den 2. Februar vorm. 11 Uhr Versammlung im Verkehrslokal Dönings, Chausseestraße.
- Essen-Wellig.** Sonntag, den 2. Februar nachm. 5 Uhr Versammlung im Verkehrslokal Hoffstadt, Sternstraße.
- Essen-Golterhausen.** Sonntag, den 2. Februar nachm. 6 Uhr Versammlung bei Buchner Gobeitenstraße.
- Essen-Nord-Ost.** Sonntag, den 2. Februar, abends 7 Uhr Versammlung bei Gieseler, Weststraße.
- Essen-Zegeroth.** Sonntag, den 2. Februar mittags 12 Uhr Vorstand- und Vertrauensmänner-Versammlung bei Neesen Freistadt- und Generalkasse.
- Ernsdorf.** Samstag, den 1. Februar abends 7 Uhr Versammlung bei Gausch.
- Gelsenkirchen Hüllen.** Samstag, den 1. Februar abends 8 Uhr bei Nachbarschulte.
- W-Gladbach.** Sonntag, den 9. Februar nachmittags 6 Uhr Generalversammlung bei Wulbede Wilhelmstraße.
- Hattungen.** Sonntag, den 5. Februar abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Hammer.
- Ortsverwaltung Hamm.** Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 4 Uhr Generalversammlung im Gewerkschaftshaus Heidstraße 94. Vortrag des königlichen Gewerbeinspektors Herrn Nathaniels über „Geschichte, Wesen, Zweck und den weiteren Ausbau des Arbeiterschutzes“.
- Herne.** Mittwoch, den 5. Februar abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Hosenkrantz früher Stenberg.
- Hoven.** Sonntag, den 2. Februar nachmittags Generalversammlung im Lokale Fink zu Schlich.
- Homburg-Varop.** Sonntag, den 9. Februar nachmittags 4 Uhr Milalieber-Versammlung bei Kliefert, Station Varop.
- Ortsverwaltung: Hünxöber-Linden.** Sonnabend, den 8. Februar, abends 9 Uhr Vorstandsversammlung im Vereinshaus Linden Concordiastraße 14.
- Ingoldstadt.** Samstag, den 1. Februar, abends 8 Uhr im Gasthause zum Tafelmeier Generalversammlung.
- Ortsverwaltung: Karlsruhe-Dürbach-Etlingen.** Sonntag, den 2. Februar 1/4 Uhr Monatsversammlung für Dürbach, Lokal Gasthaus zum Bahnhof. — Samstag, den 8. Februar, abends 1/2 Uhr Monatsversammlung für Karlsruhe mit Vortrag des Herrn Rechnungsrat Friedrich; Lokal Brauereidirektor Kaiserallee 14. — Sonntag, den 16. Februar 1/4 Uhr Monatsversammlung für Etlingen. Referent Kollege Thelen aus Mannheim Lokal im Linde.
- Ludwigshafen am Rhein.** Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr Generalversammlung bei Koch Hofstraße 22.
- Lübeck.** Generalversammlung mit Jahresbericht am Mittwoch, den 5. Februar abends 8 Uhr im Vereinslokal Gesellschaftshaus „Monopol“ Johannisstraße 25.
- Münster.** Sonntag, den 16. Februar, morgens 11 Uhr Versammlung bei Kölliker. Vorstandswahl.
- Münster.** Neben Sonntag nachmittags 4 Uhr bei Kölliker Unterrichtsbesuch.
- Münster.** Samstag, den 1. Februar, abends 1/9 Uhr Generalversammlung im „Bernhardshaus“ (Rechenzimmer) N 3 Nummer 5.
- Münster.** Samstag, den 1. Februar, öffentliche Generalversammlung im Kollerarten. Unentschiedenes Fernbleiben wird nach Beschluß der letzten Generalversammlung mit 5 Bfg. Strafe zu ankufen der Lokalkasse geahndet.
- Münster.** Sonntag, den 2. Februar vorm. 11 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Schnitzler.
- Münster.** Sonntag, den 2. Februar nachmittags 4 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag des Arbeitersekret. Frankenberger.
- Neheim.** Donnerstag, den 6. Februar abends 8 Uhr Versammlung mit Vortrag des Kollegen Weinspinner bei Wiese.
- Oberhausen-Ettringen.** Sonntag, den 2. Februar morgens 11 1/2 Uhr Generalversammlung bei Arzt. 10 1/2 Uhr Vorstandsversammlung.
- Oelde.** (Leif) Samstag, den 1. Februar abends 8 Uhr Generalversammlung mit Vortrag des Kollegen Weinspinner über „Die Arbeiter als Vertreter in der soz. Gesetzgebung“ bei Sommer.
- Ravensburg.** Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr öffentliche Generalversammlung im Lokale „Wacht im Rhein“ Reddinghausen. Sonntag, den 2. Februar, morgens 11 Uhr Versammlung bei Post, Hünxöberstraße.
- Stegen.** Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr Generalversammlung im Vereinslokal Gasthaus zum Kreuz.
- Stuttgart.** Samstag, den 1. Februar abends 8 Uhr Generalversammlung im Lokale zur Siegeshalle.
- Schwednitz.** Samstag, den 16. Februar abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung im Waldhölzchen.
- Sterkrade.** Sonntag, den 2. Februar nachmittags 2 1/2 Uhr im Gewerkschaftshause Rüttenheim Konferenz der Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner alle dem Kartell angeschlossenen Beisitzenden.
- Wald.** Die Kollegen werden dringend ersucht, an dem Unterrichtsbesuch teilzunehmen, der jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat stattfindet.
- Waldemar.** Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 5 Uhr bei Köhler Versammlung mit Frauen. Ref. Köll. Baibes Bochum.
- Wolfsbühl.** Unsere Versammlungen finden jeden dritten Sonntag im Monat bei Oskemann, Schloßplatz 17 statt.
- Witten an der Ruhr.** Samstag, den 1. Februar abends 8 1/2 Uhr im Augusta-Restaurant Versammlung.

Kiepenferl-
Tabake sind allen voraus!
 1/2 Pfd.-Pakete à 20 Bfg. bis 1 Mark.
 Heberall käuflich!
 Alleinige Fabrikanten:
Oldenkott-Rees.